



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 16.11.2009

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Assfalg  
Herr Stadtrat Bode  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Dullenkopf  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Frau Stadträtin Kapfer  
Herr Stadtrat Keil  
Frau Stadträtin Kuebler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Dr. Schmid  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Spaeh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Wiest  
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Frau Stadträtin Handtmann

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Beck, Forstamt  
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Herr Brunecker, Museum Biberach  
Herr Buchmann, Kulturamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Fessler Ordnungsamt  
Herr Keinath, Liegenschaftsamt  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Frau Leonhardt, Kämmereiamt  
Herr Maucher, Umweltschutz  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Merkle, Bauverwaltungsamt  
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt  
Herr Raumel, Stadtbücherei  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Simon, Hauptamt  
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung  
Herr Szollar, Volkshochschule  
Herr Walz, Gebäudemanagement  
Herr Erster Bürgermeister Wersch  
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2010	
3.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Räumliches Bildungszentrum / Wilhelm-Leger-Straße"	213/2009
4.	Umwandlung der Mali-Hauptschule in eine Werkrealschule	220/2009
5.	Vergabe des Mensabetriebes am Pestalozzi-Gymnasium und am Wieland-Gymnasium	211/2009
6.	Öffentlicher Personennahverkehr - Maßnahmen zur Busbeschleunigung -	205/2009
7.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Erweiterung Sportanlage Mettenberg"	209/2009
	a) Aufstellungsbeschuß gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	
	b) Beteiligung der Bürger an der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB	
8.	Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplan "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld III" Erneute öffentliche Auslegung	214/2009 - 1
9.	Erlass einer Satzung zur Festlegung der Grenzen und zur Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils "Ringschnait" ("Ergänzungssatzung") - Aufstellungsbeschluss -	204/2009
10.	Einziehung des Feldweges Nr. 726/1 im Gewann "Hinter dem Ried", Gemarkung Ringschnait	203/2009
11.	Satzung zur Begrenzung der Miethöhe bei geförderten Wohnungen - Durchführung des Landesgesetzes zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartiersstrukturen (LWoFG)	216/2009
12.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft - Verkauf des städtischen Wohngebäudes Karl-Müller-Straße 27	210/2009
13.	Bericht zur Wirtschaftsplanentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung - III. Quartal 2009	200/2009
14.	Verschiedenes	
14.1.	Verschiedenes - Regenüberlaufbecken Behördenzentrum	
14.2.	Verschiedenes - Straßenverkehr	
14.3.	Verschiedenes - Gefährliche Hunde	
14.4.	Verschiedenes - Schwimmweltrekorde durch Steffen Deibler	

Die Mitglieder wurden am 05.11.2009 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 12.11.2009 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bürgerfragestunde**

Lehrschwimmbecken/Turnhalle der Birkendorf- Grundschule

Herr Brüggemann, Elternvertreter in der Birkendorf-Grundschule, erkundigt sich nach den geplanten Maßnahmen zur Sanierung der Turnhalle und einer eventuellen Schließung des Lehrschwimmbeckens.

OB Fettback antwortet, dass eine Schließung nicht vorgesehen sei. Im Detail könne er über die geplanten Sanierungsmaßnahmen im Moment keine Aussage treffen. Er bittet darum, die Anfrage beispielsweise per E-mail an ihn oder Herrn EBM Wersch zu richten, dann bekomme er schnellstmöglich eine Antwort dazu.

## TOP 2 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2010

### 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfes 2010

OB Fettback kündigt an, sich bei den Vorbemerkungen kurz zu fassen, da bereits alles gesagt sei. Die erste Vorbemerkung sei, dass dies der schwierigste Haushalt seit 15 Jahren für ihn und für Biberach sei. Bereits 2003/2004 habe es schon einmal eine kleinere Delle gegeben, doch nun sei die Wirtschaftskrise in Biberach wirklich angekommen. Man müsse realisieren, dass für Biberacher Verhältnisse nun nachhaltige Veränderungen notwendig seien. Die zweite Feststellung sei, dass man zwar einen konsolidierten Haushalt, jedoch keinen Sparhaushalt vorlege. Weiterhin tätige man erhebliche Investitionen, z.B. der Neubau für die Realschule. Es sei ein großes Glück, dass man sich erarbeitet habe und auf das man stolz sein könne, dass man trotz der Wirtschaftskrise in der Lage sei, gestalten zu können. Dies geschehe mit einem Griff in die Rücklage. Vorab zu erwähnen sei auch, dass man beschlossen habe, eine Erhöhung der Grundsteuer vorzuschlagen. Er sei stolz darauf, keinen „Friede-, Freude-, Eierkuchenhaushalt“ vorgelegt zu haben. In wirtschaftlich guten Zeiten habe man beschlossen die Grundsteuer zu senken und sie bei anderer Situation wieder zu erhöhen. Dies erfolge nun. Nicht zuletzt wolle er betonen, dass sich die Verwaltung anstrengende Beratungen zugemutet habe und sich nun einvernehmlich auf diesen Haushaltsentwurf geeinigt habe. Wäre dies nicht gelungen, hätte er dies als ein falsches Zeichen angesehen. Insgesamt sei er nun überzeugt davon, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf ein guter Entwurf sei. Trotzdem sei es lediglich ein Vorschlag an den Gemeinderat. Was letztlich als Ergebnis herauskomme wisse er nicht, er sei aber überzeugt, dass es ebenfalls gut werde.

OB Fettback führt weiter aus, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf eine ernsthafte Konsolidierung darstelle. Konsolidieren bedeute nicht nur sparen, sondern auch stärken, wo notwendig. Man wolle deshalb für die Stelle der Personalentwicklung kämpfen. Die Verwaltung ringe darum, qualifiziertes, hochmotiviertes Personal zu bekommen und zu halten. Deswegen müsse diese Stelle dotiert werden. Angesichts der Wirtschaftslage sei es ebenso erforderlich, Einnahmen zu erhöhen. Dies habe nichts mit Wucher zu tun. Die Parkgebühren und die Grundsteuer lägen derzeit auf niedrigstem Niveau. Allein die Erhöhung der Parkgebühren bringe rund 2,3 Millionen Euro pro Jahr, oder rund 9 Millionen Euro in vier Jahren. Bei der Tiefgarage Museum habe man die gleiche Situation wie bei der Tiefgarage Stadthalle und sie sei zwingend sanierungsbedürftig. Dabei handle es sich um ein Komplettsanierung. Diese werde besonders aufwändig, da das Gebäude im Grundwasser stehe. Es sei somit klar, dass man Geld in die Hand nehmen müsse. Die Frage sei lediglich, von wem man dieses Geld nehmen solle. Ohne Erhöhung der Parkgebühren müsse der Steuerzahler dafür gerade stehen, mit Erhöhung der Parkgebühren belaste man den Autofahrer, der die Einrichtungen tatsächlich nutze.

Der vorgelegte Haushalt gebe auf der anderen Seite aber auch Zeit. Man wolle das Jahr 2010 weiter nutzen um zu konsolidieren, Risiken und Chancen zu beurteilen. Sorge mache die Frage, welche Belastungen von außen kämen. Hohe Sozialleistungen schlugen sich in der Kreisumlage nieder, ebenso wisse man nicht, was Bund und Land an Aufgaben auf die Kommunen abwälze. Straßensanierungsmaßnahmen dürfe man nicht auf Dauer zurückstellen. Der Haushalt erfordere Mut, Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig müsse man aber auch den Mut haben zu korrigieren, wenn sich eine Entscheidung als falsch herausstelle.

Er hoffe, dass die Verwaltung dem Gemeinderat einen akzeptablen Haushaltsentwurf vorgelegt habe, der in eine gute Beratung führe.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch trägt vor, dass der Haushaltsentwurf geprägt sei von dem Willen, die Angebote in ihrer Vielfalt und Qualität möglichst zu erhalten und fortzuschreiben. Des Weiteren sollten strategisch wichtige Aufgaben weiter entwickelt werden. Auf der anderen Seite sei es das Ziel, den Haushalt nachhaltig aufzustellen, um den Gestaltungsspielraum in der Zukunft nicht einzuschränken. Wichtigste Betrachtung zunächst die Situation der Steuereinnahmen und Umlagen. Der Einkommenssteueranteil sei aufgrund der Beschäftigungslage und diverser Entscheidungen aus Berlin nach unten korrigiert worden. Bei Grundsteuer müsse man abwägen, dass die Senkung bzw. Erhöhung bei dem Einzelnen in relativ geringen Beträgen ankomme, in der Summe für die Stadt aber erheblich sei. Bei der Gewerbesteuer reibe sich vielleicht der eine oder andere die Augen, jedoch müsse man sich klar machen, dass 45 Millionen Euro nicht wenig seien. In den letzten Jahren hätte man eine exorbitante Entwicklung gehabt, die so nicht hätte bleiben können. Um die genannten 45 Millionen Euro zu erreichen brauche man alle Unternehmen, nicht nur die Großen, sondern den gesamten Mittelstand dazu. Sonst sei dieser Ansatz nicht zu halten. Die Stadt Biberach werde durch verschiedene Entwicklungen eingegrenzt, zum einen die Wirtschaftskrise, zum anderen die Unternehmenssteuerreform und weiteres. Trotzdem könne man stolz sein auf die Unternehmen in der Stadt, wie sie mit der Beschäftigungssituation umgingen. Im regionalen Vergleich könne man auch weiterhin stolz sein auf 45 Millionen Euro Gewerbesteuer. Andererseits sei dies zu wenig für das Ausgabenniveau der Stadt Biberach. Man müsse sich damit auseinandersetzen, dass manche Dinge nicht mehr gleich zu bekommen sind, sondern auf der Zeitschiene abgearbeitet werden. Man sollte auch nicht die Erwartungen auf 80 Millionen hochschrauben.

Auf der Aufgabenseite habe man bei keiner der Umlagen einer Änderung der Hebesätze einkalkuliert. Dies beinhalte ein gewisses Risiko. Insbesondere bei der Kreisumlage könne es passieren, dass man durch eine Erhöhung der Soziallasten und der Gesundheitslasten Schwierigkeiten bekomme. Aus der Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben sei ersichtlich, dass man damit nicht auskomme. Allein die Personalkosten beliefen sich auf 37 bis 38 Millionen Euro. Auf der Darstellung sei zu erkennen, dass man in den Jahren 2004 bis 2006 einen Stellenabbau habe, der durch strukturelle Veränderungen, wie Auflösung des Steueramtes, Gründung der Eigenbetriebe, Auslagerung der Tiefgaragen, usw. einhergegangen sei. Ab 2007 sei ein Stellenanstieg zu verzeichnen, was mit der Gründung des Amtes für Bildung Betreuung und Sport und dem Gebäudemanagement zu erklären sei. Allein seit 2005 seien 20 zusätzliche Stellen im Bereich Bildung und Betreuung geschaffen worden. Dies betreffe im Wesentlichen die Kindergärten, es sei also echte Leistung eingekauft worden. Dies habe zur Personalkostensteigerung geführt. Die Erhöhung in 2007 bis 2010 um etwa 2,9 Millionen Euro seien zum großen Teil den tariflichen Lohnerhöhungen geschuldet. Hinzu kämen die Personalsteigerungen. Eine Kompensation durch Stellenstreichungen an anderer Stelle sei nicht möglich. Man könne Menschen nicht durch Maschinen ersetzen. Das Geschäft der Stadtverwaltung sei personalintensiv. Ein Haushaltsausgleich durch Personalentlassungen funktioniere nicht, dazu müsse man ganze Einrichtungen abbauen. Als weiterer Posten sei die Weiterleitung von Personalausgaben an Dritte erheblich gestiegen. Dies betreffe unter anderem die Ausgaben für Schulsozialarbeit, für Jugendaktiv, die Ausweitung des Präsenzdienstes, und anderes.

Im Bereich des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes habe man erkannt, dass nachweislich zu wenig für Unterhaltungsmaßnahmen ausgegeben worden sei. Ab 2005 habe man hier aufgestockt. 2009 beinhalte einen Sonderposten mit Brandschutzmaßnahmen für das Wielandgymnasium. Im Haushaltsentwurf für 2010 habe man den Betrag deutlich herunter gefahren. Dies könne jedoch nicht auf Dauer funktionieren. Man wolle nicht den Fehler machen, Dinge ka-

putt gehen zu lassen. So habe man sich z.B. beim Straßenbau darauf verständigt, eine Straße, die noch in Ordnung sei, so zu unterhalten, dass sie nicht kaputt gehe. Andererseits könne man Reparaturmaßnahmen an Straßen, die bereits kaputt seien, noch etwas schieben. In der Summe seien jedoch die Möglichkeiten zur Reduzierung von Sach- und Betriebsaufwand begrenzt.

Der Vermögenshaushalt belaufe sich auf ein Volumen von 27,3 Millionen Euro. Aus der Darstellung sei ersichtlich, dass man im Jahr 2010 etwas Atem hole. Die Ausgaben für Schulen seien für das Jahr 2011 bis 2013 vorgesehen. Manche Bauausgaben seien komplett hinausgeschoben über das Jahr 2013 hinaus. Im Vergleich zu anderen Kommunen bewege man sich immer noch auf einem hohen Niveau. Die Finanzierung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt erfolge durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 21 Millionen Euro. Schulden habe die Stadt Biberach seit 2006 keine. Die Rücklage werde laut der mittelfristigen Finanzplanung abgeschmolzen im Jahr 2010 auf rund 76 Millionen. Bis zum Jahr 2013 werden es laut Plan nur noch 35 Millionen Euro sein. EBM Wersch gibt zu bedenken, dass man Kredite aufnehmen müsse, wenn keine Ressource mehr vorhanden sei. Deshalb müsse man mit Vorsicht an die langfristige Planung heran gehen. Er schließt seine Ausführungen mit einem Zitat von Voltaire: „Wer Wünsche zähmt ist immer reich“. In diesem Sinne empfehle er Zurückhaltung, um auch noch Gestaltungsspielraum zu haben für die vielen Wünsche und Investitionen, die noch aufkommen werden.

Die Präsentation zur Rede ist als **Anlage** beigelegt.

Es wird applaudiert.

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden.

StR Dullenkopf trägt vor:

„Verehrte Anwesende,

in einer ganztägigen Klausurtagung hat sich die CDU-Fraktion mit dem Haushalt für das Jahr 2010 beschäftigt. Das Ergebnis: Wir wollen das Jahr 2010 dazu nutzen, die Dinge abzuarbeiten, die für 2009 schon beschlossen aber noch nicht erledigt wurden und wir wollen deutlich machen, dass einige Dinge nicht mehr so weiterlaufen dürfen, wie es in den vergangenen 3 oder 4 Jahren geschehen ist. Natürlich sind auch wir als deutlich größte Fraktion daran beteiligt gewesen. Meistens aber war für Maßnahmen, die Geld kosteten und noch heute kosten, die Verwaltung die auslösende Kraft und nicht wir als Gemeinderäte.

Wir glauben, dass wir die beschlossenen Maßnahmen in 2010 noch weiterführen können und die von der Verwaltung vorgeschlagenen finanziellen Belastungssteigerungen so noch nicht mittragen müssen, weil auch die prognostizierten Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Einkommensteueranteil uns wachrütteln müssen aber uns auch Zeit bleibt, um angemessene Reaktionen zu überlegen. Da können wir das Jahr 2010 als „Fotojahr“ betrachten und beobachten, was da auf uns zukommt. Immerhin haben wir zum Ende dieses Jahres noch Rücklagen von fast 100 Millionen Euro – über die Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit in Höhe von über 30 Millionen Euro werde ich kein Wort mehr verlieren, da diese nicht zur Diskussion stehen. Die Rücklagen haben wir ab 2006 genau für die Situation gebildet, die nun für die nächsten Jahre erwartet/befürchtet wird. Vor zum Beispiel 10 Jahren wäre für uns ein Haushalt ohne Rücklagen und ohne Schulden schon der ideale Haushalt gewesen. Davon werden wir auch Ende 2010 noch ungefähr 70 Millionen Euro ( im Plus! ) entfernt sein. Diesen Null-Schulden-Haushalt ohne Rücklagen streben wir auch für die Zukunft nicht an. Wir müssen aber sofort handeln, wenn wir nicht sehenden Auges in einen rasanten Abwärtstrend geraten wollen.

Unser wirkliches Problem im Haushalt ist der Verwaltungshaushalt. Wie dramatisch das Ganze ist sieht man daran, dass die gesamten eingeplanten Gewerbesteuereinnahmen bei weitem nicht ausreichen, um die direkten Personalkosten zu begleichen. Um diese ca. 22 Millionen zu bezahlen, müssten wir deutlich über 50 Millionen einnehmen. Prognostiziert sind aber nur 45 Millionen. In wortreichen Formulierungen versuchen die für das Personal Verantwortlichen, darzulegen, warum weiteres Personal gebraucht wird. Die dort angeführten Aufgaben sind richtig beschrieben, Nur: Diese Aufgaben mussten auch bisher schon bewältigt werden und das ist doch auch hoffentlich geschehen. Das was dort beschrieben wird, sind typische Führungsaufgaben und somit tägliches Geschäft. Die Verantwortlichen müssen wissen, welche Tätigkeiten heute welchen personellen Aufwand benötigen und wie die Auswirkungen wären, würden die Tätigkeiten mit weniger Personal erledigt werden müssten. Unser „Personalkörper“ ist zu groß. Selbstverständlich gilt auch hier das vorhin Gesagte, dass wir als Gemeinderäte an den riesigen Personalkosten nicht unschuldig sind. Und richtig ist, dass wir im Jahr 2009 schon Beschlüsse gefasst haben und Zusagen gemacht haben, die jetzt im Stellenplan wirksam werden. Dies betrifft die Bücherei und die Bruno-Frey-Musikschule. Dieser Haushaltsplan für 2010 muss nun aber aus unserer Sicht unbedingt der Anlass sein, um das Steuer herumzureißen. Die CDU-Fraktion wird über die schon genehmigten Personalstellen hinaus keine Stellenvermehrung mehr genehmigen. Im Gegenteil. Die Verwaltung muss ihre Kraft im Personalbereich dahin gehend einsetzen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Personalkosten eingespart werden können. In Zeiten, in denen die schon hohen Gewerbesteuervorhersagen regelmäßig am Ende des Jahres ja jedes Mal durch die tatsächlichen Einnahmen noch übertroffen wurden, sind vermutlich vorbei. Schon im laufenden Jahr werden wir die vorhergesagte Gewerbesteuer vermutlich nicht erreichen und für 2010 sind ja schon 20 Millionen weniger angesetzt. Da kann es uns nicht trösten, dass größere Städte als Biberach in unserer Nähe froh wären, wenn sie für nächstes Jahr noch 45 Millionen Gewerbesteuer prognostizieren könnten. Wir können aber so wie bisher nicht weitermachen. Die Folgekosten von Investitionen und die Personalkosten wachsen uns über den Kopf. Es ist abzusehen, wann unsere Rücklagen aufgebraucht sein werden. Wenn wir erst dann ernsthaft an das Sparen herangehen, wird es uns ganz brutal und abrupt treffen. Das wollen wir nicht, deshalb beginnen wir heute damit und geben der Verwaltung ein Signal, auf das sie reagieren muss. Vernünftiger Personalabbau – vermutlich mit Aufgabenreduzierung heißt das Gebot der Stunde - und nicht Personalzuwachs. Da passt es auf den ersten Blick nicht, wenn wir sagen, dass wir die vorgeschlagene Grunderhöhung so nicht mitmachen. Immerhin geht es ja um fast 1,5 Millionen, die mehr eingenommen werden könnten. Aber: Als wir die Bürger 2006 um 20 Punkte entlasteten und ab 2008 um weitere 100 Punkte, hatten wir 2006 fast 120 Millionen Gewerbesteuer eingenommen! In diesem Jahr nehmen wir fast die prognostizierten 65 Millionen ein und nun sollen die Bürger „in voraus-eilendem Gehorsam“ schon für 2010 mehr belastet werden, obwohl der „Ernstfall“ noch gar nicht eingetreten ist. Wenn die Prognosen richtig sind, werden wir für 2011 anders als heute entscheiden.

Ausgiebig wurden in der Fraktion natürlich die Vorschläge der Verwaltung in Bezug auf die Parkgebühren diskutiert. Der Wegfall der Gebührenfreiheit für die 1. Stunde in den Garagen kommt für uns nicht in Frage. Da wir auch in Zukunft die unterschiedlichen Gebührenhöhen im Sinne einer Lenkungsfunktion – hin zu den Garagen – verstehen, wollen wir, dass die günstigen Garagegebühren beibehalten werden. Wer 1 ½ Stunden zum Beispiel in einer Tiefgarage parkt, soll dieses auch in Zukunft für 30 Cent tun können. Oberirdisch soll der Tarif in Zone 1 anstatt 1 Euro 20 Cent (96Min.) 1 Euro 50 Cent (90 Min.) sein. In der Zone 2 steigen die Gebühren für den gleichen Zeitraum von bisher 80 Cent auf dann 90 Cent. Wir verkürzen somit oberirdisch den Zeittakt um jeweils 2 Minuten.

Die längste Zeit hat in der Fraktion die Frage eingenommen, wie mit dem Antrag der Kirchen umgegangen werden soll, eine Neuregelung der Abmangelfinanzierung vorzunehmen. Ich brauche

sicher nicht weiter auszuführen, wie wichtig uns die Vielfalt der verschiedenen Träger in der Kinderbetreuung in Biberach ist. Die Kirchen leisten hier eine ganz hervorragende Arbeit, die weit über die Kindergartenarbeit hinaus geht und vielfältig in unsere Gesellschaft hinein wirkt. Diese Arbeit wollen wir nicht missen. Wir haben uns deshalb entschlossen, die hohe finanzielle Belastung der Kirchen etwas zu entlasten. Wir wollen aber die Kirchen nicht ganz aus ihrer finanziellen Mitverantwortung entlassen.

Die CDU-Fraktion hat in ihrer Klausurtagung 13 Anfragen formuliert, die im Rahmen der Ausschussberatungen besprochen oder schon vorher – wie bisher üblich – beantwortet werden. Über die 18 von uns gestellten Anträge zum Haushaltsplan wird im Rahmen der Ausschussberatungen entschieden. Ich werde sie in diesem heutigen Rahmen nicht alle im Detail erläutern. Zu den Steuern und Gebühren habe ich dieses schon zu Beginn meiner Ausführungen getan. Wichtig ist uns noch der Bereich, der vorsieht, dass das Schulbudget um 133.400 Euro gekürzt werden soll. Auf der einen Seite sehen wir, dass im Dezernat von EBM Wersch die Notwendigkeit erkannt wird, auf sich abzeichnende geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Es gilt aber auch hier unsere Generallinie für den Plan 2010, dass Begonnenes fortgesetzt wird und Einschnidungen – hier die Kürzung des Schulbudgets – mit Augenmaß und mit der Zielrichtung nach 2010 vorgenommen werden. Im Jahr 2010 muss das Budget neu mit den Schulleitern verhandelt werden. Die Mehrbelastungen der Schulen die dadurch entstehen, dass 2 Jahrgangsstufen den gleichen Unterrichtsstoff behandeln und dadurch mehr Unterrichtsmaterial benötigt wird, sind hier zu berücksichtigen. Wir schlagen deshalb vor, dass die Kürzung höchstens 65.000 Euro betragen soll. Im Hauptausschuss werden wir darüber entscheiden, ob dieses möglich ist.

Also: Der Bürger, der Betroffene wird 2010 mitgenommen auf dem Weg zu einem gedämpften Anspruchsniveau. In 2010 werden wir verstärkt prüfen, wie wir ab 2011 die Haushalte fahren müssen.

Dass unbedingt Notwendiges auch in Zukunft erledigt werden muss, sehen Sie an unserem nächsten Antrag, den ich aus unserer Antragsliste zum Schluss noch ansprechen will, nämlich den Antrag auf „Neubau eines integrierten Kindergarten und Stadtteilgemeinschaftshaus in Rißegg“. Ich zitiere unsere Begründung zu dem Antrag:

Bereits zu den letzten Haushaltsplanberatungen wurde der bauliche Zustand des kath. Kindergartens St. Gallus thematisiert. Den Antrag auf Bewilligung einer Planungsrate in Höhe von 30.000 Euro haben wir seinerzeit zurückgezogen, nachdem die Verwaltung zugesagt hatte, im 2. Halbjahr 2009 in dieses Thema einzusteigen.

Zwischenzeitlich hat ein Gespräch zwischen Herrn Wersch und Vertretern der Kirchengemeinde stattgefunden.

Da eine Sanierung des Kindergartens wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist, die Schäden am Gebäude jedoch zunehmen, ist an einer Lösung zu arbeiten.

Die Kirchengemeinde sieht die Fortführung des Kindergartens als 2gruppiger Kindergarten mit Ganztagesbetrieb.

In einer nichtöffentlichen Sitzung hat sich der Ortschaftsrat Rißegg –Rindenmoos für die Integration des Kindergartens in ein Stadtteilhaus ausgesprochen. Dieses Zentrum soll neben dem Kindergarten auch die Ortsverwaltung, sowie einen Gemeinderaum für bis zu 150 Personen und Räume für die Kirchengemeinde und den örtlichen Vereinen beinhalten.

Im Gegenzug können bestehende Gebäude wie die derzeitige Ortsverwaltung, die Kleine Schule und der Kindergarten aufgegeben werden. Dies führt zu einer Reduktion der Folge- und Betriebskosten. Die durch den Verkauf der Grundstücke und der Gebäude erzielten Einnahmen reduzieren die Nettoinvestitionssumme.

Mit der Kirchengemeinde sollen die finanziellen Aspekte einer Beteiligung erörtert werden (Verkauf des jetzigen Kindergartengrundstückes). Ebenso sollen die Vereine mit Eigenleistungen zum Bau dieses Hauses beitragen.

Sollten die finanziellen Rahmenbedingungen den Bau des Zentrums nicht in einem Zug erlauben, so sind in der Planung zwei Bauabschnitte vorzusehen. Aufgrund des desolaten Zustandes des Kindergartens besitzt dieser erste Priorität.

Als Standort für das Haus sieht der Ortschaftsrat den Bereich der Grundschule/dem Gästehaus Kohler auf bereits im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücken.

Ganz zum Schluss unser Dank an alle, die an diesem Haushaltspanentwurf mitgearbeitet haben. Allen voran Frau Leonhardt und Herrn Wersch. Die schon gewohnte Übersichtlichkeit wird es uns erleichtern interessante und hoffentlich vorweihnachtlich friedliche Beratungen in den Ausschüssen hinter uns zu bringen.“

StRin Kübler trägt vor:

„Ich habe lange darüber nachgedacht, mit welchem Thema ich meine Rede beginnen soll. Ich habe mich gefragt, was interessiert die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wirklich? Was brennt ihnen am meisten unter den Nägeln?

Etwa die Einschätzung der SPD-Fraktion zum vorgelegten HHPlan ? Wie und wo wir die Prioritäten setzen? Welche Anträge wir wohl stellen zur Kompensierung der zurückgehenden Gewerbesteuerereinnahmen?

Aber nach dem, was ich in den letzten zwei Wochen der Presse entnommen habe, scheint in unserer Stadt nur ein Topthema zu herrschen, nämlich die Höhe der **Parkgebühren!**

Zudem haben bestimmte Gruppen keine Mühen und Kosten gescheut, ein Szenario aufzustellen, was eine Erhöhung für diese Stadt bedeutet.

Diese Aufregung hätte ich mir so gerne bei der Diskussion um die Anhebung der Kindergartengebühren gewünscht.

Ich muss natürlich zugeben, ich finde es auch schön, wenn der Parkautomat nach meinem Samstags-Markteinkaufsbummel einschließlich einer ausgiebigen Kaffee-Pause maximal 2,50 € von mir fordert. In Ulm würde ich mindestens das Doppelte loswerden. Doch dieses Vergnügen mache ich sicher nicht davon abhängig, was mich das Parken am Ende kostet.

Ich habe mich somit entschieden, diese Thematik an den Anfang meiner Ausführungen zu stellen. Ich will Sie denn auch nicht länger auf die Folter spannen, wie letztendlich die Entscheidung der SPD-Fraktion ausgefallen ist.

Wir schließen uns dem Verwaltungsvorschlag an, die Gebühren zu erhöhen. Die erste Stunde in den Parkhäusern soll zunächst aber für 2010 weiterhin kostenfrei bleiben.

Seit 2001 keine Gebührenerhöhung!! Wo gibt es so etwas noch einmal? Auch Tiefgaragen und Parkhäuser können nicht ohne Energie- und Personaleinsatz betrieben werden. Und gerade hier hat es erhebliche Anstiege in den letzten Jahren gegeben. Die Gewerbetreibenden haben exakt diese Höherbelastungen als Argumentationshilfen benutzt, um ihre Preisanstiege zu rechtfertigen.

Was bei den Tiefgaragen noch dazu kommt:: sie verschlingen Millionen von Euro für Sanierungsmaßnahmen, um einen reibungslosen Betrieb vorhalten zu können.

Wir hoffen und glauben aber auch, dass wir bei den Bürgerinnen und Bürgern auf großes Verständnis treffen für diese Entscheidung .

Was die Diskussion in der Vorberatung in diesem Gremium betrifft, steht auf einem anderen Blatt. Wir jedenfalls sind auf alles eingerichtet.

Nachdem das Topthema abgehandelt, die Spannung sozusagen heraus ist, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit weiterhin schenken.

Sie konnten es den Ausführungen meiner Vorredner bereits entnehmen, dass es noch viele andere interessanter Themen in dieser Stadt gibt.

Traditionsgemäß hat die SPD-Fraktion für die HHPlan-Beratung ein Klausurwochenende eingelegt, um sich weg vom Alltag nur auf das Wesentliche konzentrieren zu können.

Mit Blick in die Zukunft haben wir versucht, Visionen zu entwickeln.

Allgemeine Auffassung war, dass in den letzten Jahren, vor allem in der letzten Wahlperiode, vieles im investiven Bereich getätigt und angestoßen wurde.

Um nur ein paar Projekte zu nennen:

Die Gymnasien mit Mediothek, neuer Klassentrakt, Mensa, neue und sanierte Sporthalle

Investitionen im Kinderbetreuungsbereich

Das neue Parkhaus Ulmer Tor

Holzmarktsanierung einschließlich Hafenplatz samt Museumsstraße

Hallenbadneubau

Bahnsteigerhöhung

Sanierung Rathaus und Feuerwehr in Mettenberg und Stafflangen

2,5 Mill.€ wurden für die Wieland-Stiftung bereit gestellt.

Das Realschulprojekt wurde zumindest auf den Weg gebracht.

Und und und, alles aufzuzählen würde mein Zeitbudget sprengen!

Und zu alledem konnten auch noch **Rücklagen** gebildet werden. Vorausschauend und wohl wissend, dass all diese Projekte später den Verwaltungshaushalt belasten werden.

Aus dem uns vorgelegten Haushaltsplan ziehen wir folgendes Fazit:

Nach den enormen Gewerbesteuersteigerungen, die genutzt wurden, um notwendige Sanierungen vorzuziehen, folgt nun wieder die **Normalität**. Wir müssen nur wieder lernen, damit umzugehen.

Unsere Fragestellung lautete:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, trotz rückgängiger Steuereinnahmen eine zukunftsfähige innovative Stadt zu bleiben.

Unseren Fokus haben wir dabei auf die Bereiche Bildung, Betreuung und Familie gelegt

So haben wir unter der Überschrift: „**Schulen neu denken**“

insbesondere die Grundschulen in Biberach im Blick, was sich in unseren Anträgen auch widerspiegelt.

Aus energetischer Sicht herrscht hier ein enormer Sanierungsstau!

Diesen Abzubauen sehen wir als unseren Beitrag an, den Verw.Haushalt langfristig zu entlasten.

Eine Vorortbesichtigung der **Gaisental-Grundschule** hat aufgezeigt, dass für eine ökonomisch zukunftsorientierte Sanierung sehr viel Geld in die Hand genommen werden muss.

Für die Ganztagesbetreuung ist ein Anbau vorgesehen, wofür z.T. die Spielfläche bzw. der Pausenhof zum Opfer fallen wird.

Wir waren uns nach kurzer Diskussion sehr schnell einig, dass für eine neue Gaisental-Schule, auch mit Blick auf das Thema Integration, die in diesem Stadtteil eine wichtige Rolle einnimmt, nicht nur bauliche, sondern auch strategische Veränderungen gefordert/Notwendig sind

Nur mit einem Neubau im Schulbezirk, der die Ganztagesbetreuung einschl. eines Kinderhortes von vornherein mit berücksichtigt, erhalten wir eine funktional optimal eingerichtete Schule. Das alte Schulgelände könnte dann für weitere Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden.

Die Konsequenz daraus ist, dass kurzfristig nur eine Minimalsanierung im jetzigen Schulgebäude in Frage kommt.

Ähnlich sehen wir es auch an der **Birkendorf-Grundschule**. Hier denken wir an keinen Schulneubau sondern an ein Bildungshaus, das entsteht, wenn Schule, Kindergarten, Hort und Kinderkrippe beieinander und in Nähe von Unternehmen liegen. Für Eltern entfallen zeitraubende Umwege auf dem Weg zur Arbeitsstelle

Dafür kann beim Kindergarten St. Nikolaus der Anbau entfallen. Einer zügigen Sanierung steht nichts mehr im Weg.

Dem nächsten Projekt, was zeitnah angegangen werden muss, haben wir den Oberbegriff „**Haus der Familie**“ gegeben.

Derzeit sind der KiSchuBu, das Familienzentrum und auch der Tagesmütterverein in unterschiedlichen Gebäuden untergebracht, die den brandschutztechnischen aber auch energetischen Bedingungen in keiner Weise mehr entsprechen.

Wenn die Stadt diesen Vereinen ein gemeinsames Haus zur Verfügung stellt, könnten zum einen Synergien entstehen und Energiekosten gesenkt werden, was als weitere Konsequenz zu Zuschusskürzungen führen könnte. Die Stadt bekommt die Möglichkeit, die freiwerdenden Immobilien einem anderweitigen Zweck zuzuführen.

Diese Intention trifft auch die Überlegung, **die Weberausstellung** in das Braith-Mali-Museum umzusiedeln. Biberach leistet sich ein verhältnismäßig großes Museum.

Die Besucherzahlen im Blick bedeutet, attraktive vielfältige Angebote vorzuhalten.

Wir erwarten von der Verwaltung entsprechende Vorschläge.

Damit diese dann auch umgesetzt werden können, müssen entsprechende Planungsmittel eingestellt werden.

Das Haus in der Zeughausgasse soll aber nicht verkauft, sondern einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Zum Thema Familie und Schule gehört auch die **Schulverpflegung**. Der Mensabetrieb soll zum 01.01.2010 neu vergeben werden. Ein Grund mehr, die Essenspreise wieder zu thematisieren. 3,90 € für ein Mittagessen in der Schule sehen wir als eine zu hohe Belastung für Familien an. Der Preis muss gesenkt werden. Wie letztendlich, dass überlassen wir der Verwaltung. Bereits im letzten Jahr wurde uns ein Subventionskonzept zugesagt. Eine Umsetzung zum 01.01.2010 dürfte somit kein Problem werden.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gebührenanhebungen in den kulturellen Bereichen, wie Musikschule, VHS, Museum, können wir generell zustimmen.

Mit Blick auf sozial schwache Familien aber, fordern wir gleichzeitig mit der Gebührenanhebung die Einführung **des „Stadtpasses“**,. Übrigens auch eine Uraltforderung aus dem Jahre 2006! Allein die Härtefallregelung, auf die die Verwaltung Bezug nimmt, reicht hier nicht aus.

Hemmschwellen sind in diesem Bereich nicht dienlich. Gerade in einer Zeit, in der viele Familien mit Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosengeld zu kämpfen haben, darf eine Förderung der Kinder nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht werden.

Mit dem im letzten Monat beschlossenen Neubau der Realschule fallen hoch frequentierte Trainings- und Spielplätze weg. Um den Trainings- und Spielbetrieb der Vereine nicht zu gefährden, fordern wir einen schnellen Einstieg in die **konkrete Planung und Bau der Ersatzsportflächen!** Dafür ist eine Planungsrate einzustellen.

Zur Begleitung und Optimierung dieses Prozesses soll eine **Arbeitsgruppe** eingerichtet werden, die aus allen Nutzergruppen zusammengesetzt ist.

Der Realschulneubau erfordert auch eine gleichzeitige **Fortschreibung der Rad- und Fußwegekonzeption**.

Nicht nur eine Fortschreibung, sondern schnelles Handeln macht die Umsetzung des Busbeschleunigungskonzeptes und hier vor allem die Maßnahme im Bismarckring notwendig. Der Weg von der Bahnhofstraße bis zur Musikschule wird von vielen Kindern und Jugendlichen genutzt. Hier gehört dringend ein sicherer Radweg her.

Bevor ich nun den Themenblock Bildung Betreuung abschließe, möchte ich kurz auf die weitere Abmangelfinanzierung der **konfessionellen Kindergärten** eingehen, auch wenn dies im HHPlan kein Thema ist, es uns aber im Jahr 2010 einholen wird.

Für die SPD-Fraktion sind vielfältige Trägerschaften im Kinderbetreuungsbereich ein Qualitätsmerkmal, was es zu halten gilt. Wir haben Verständnis für die finanziellen Nöte der Kirchen. Der gesellschaftliche Mehrwert, der sehr stark betont wird, erfährt in der SPD einen hohen Stellen-

wert. Aber ebenso der monetärer Mehrwert. Die SPD-Fraktion ist bereit, über die Abmangelhöhe zu diskutieren und hoffen sehr, dass sich bis im Frühjahr ein Kompromiss findet, der beiderseitig akzeptiert werden kann.

Seit zwei Jahren fordern wir den Einstieg in den **kommunalen Mietwohnungsbau**. Es gehört zur Daseinsvorsorge, die eine Stadt zu leisten hat.

Wir sehen die Notwendigkeit einer Bedarfsermittlung im Bereich „bezahlbarer Wohnraum“. Nur daraus lassen sich echte Defizite ableiten und konkrete Maßnahmen formulieren.

Für kleinere aber sicherheitsrelevante Maßnahmen sind Mittel für **unfallfreie und vandalismussichere Spielplätze** einzustellen.

Und für eine stärkere **Verkehrsberuhigung in der Viehmarktstraße** sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem Berliner Platz, genauer gesagt der Kreuzung Schlierenbachstraße, Valence Allee, Mittelbergstraße. Die Fahrgeschwindigkeiten sind dort verhältnismäßig hoch und in diesem Bereich sind viele Kinder und ältere Bürger unterwegs.

Aus Sicherheitsgründen sehen wir die Notwendigkeit, mittelfristig einen **Kreisel** einzurichten.

Daher haben wir hierfür eine Planungsrate beantragt.

Dem Antrag der Verwaltung, **die Grundsteuer A und B** um 100 % Punkte anzuheben können wir **zustimmen**

Diese Mehreinnahmen als Rücklage für den Feuerwehrneubau zu verwenden, halten wir für einen sehr guten Gedanken. Mit einem gestärkten Feuerwehrstützpunkt kommt diese Erhöhung den Bürgern letztendlich wieder zugute.

Wir sind der Meinung, dass gleichzeitig das sanierungsbedürftige Baubetriebsamt mit in die Konzeption aufgenommen werden soll, denn es muss endlich ein Knopf an die richtige Standortfrage für das BBA gebracht werden. Schließlich hängt auch die Weiterentwicklung des Wolfentals davon ab.

Eine weitere Frage wäre, die Straßenmeisterei, die zwar in die Zuständigkeit des Landkreises fällt, mit in die Überlegungen aufzunehmen.

Für eine Optimierung der Arbeitsabläufe bietet sich eine Zusammenlegung geradezu an.

Ein weiterer Einsparungsvorschlag hängt mit dem erst vor kurzem beschlossenen Umbau des Rathausfoyers mit Schließung der Arkaden zusammen.

Wir hatten dieser Maßnahme zugestimmt, weil wir dringend eine **Bürgerinformationsstelle** installieren möchten, die aber auch die Touristinformation mit beinhalten sollte.

Die uns vorgelegte Lösung, was die Einrichtungs- und Umbauvorschläge betrifft, überzeugt uns nicht 100%ig.

Die mit der Eingangstüre verbundenen Schwierigkeiten, sind uns durchaus bewusst.

Je länger wir überlegen umso mehr glauben wir, dass der beschlossene Entwurf noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Deshalb wollen wir diese Maßnahme stoppen und fordern eine Überarbeitung. Die energetische Sanierung kann auch um ein Jahr geschoben werden.

Für die Eingangstüre gilt dies aber nicht. Diese muss 2010 in Angriff genommen werden. Hierzu soll uns eine neue Lösung schnellstens vorgelegt werden.

Mit der Gründung der **Wieland-Stiftung** hatte die SPD-Fraktion eine Entlastung des städt. Verwaltungshaushaltes erwartet.

Doch es ist immer noch ein Zuschussbedarf von über 60.000 € ausgewiesen. Davon sind 32.000 € als Abmangel für die Stiftung eingestellt.

Einen Sparwillen, der sich ansonsten durch sämtliche Bereiche zieht, können wir nicht erkennen. Aber ich denke es ist legitim, ihn einzufordern.

Wir beantragen, den Abmangel von 32.000 € auf das Jahr 2010 zu begrenzen. Es bleibt für die Wieland-Stiftung im Jahre 2010 ausreichend Zeit, Wege zu finden, die Finanzierung der regulären Aufgaben zu sichern.

Grund für die Forcierung der Stiftungsgründung war doch die Argumentation, somit schneller Zustiftungen akquirieren zu können.

Ein Sparvorschlag betrifft das Projekt **Gestaltungssatzung**.

Diese ist sicherlich sehr wünschenswert, doch in der Dringlichkeitsstufe steht sie nicht an erster Stelle. Wir denken, eine Denkpause von einem Jahr tut der Sache ganz gut. Der Sperrvermerk für die 15.000 € soll bestehen bleiben.

Zum **Stellenplan** haben wir zwei konkrete Anträge, deren Brisanz ich noch kurz aufzeigen möchte:

Der Integrationsprozess ist an eine Stelle gekommen, die einen **Integrationskoordinator** absolut notwendig macht. Eine Unterbrechung des laufenden Prozesses der derzeitigen Aufbruchstimmung würde einen erheblichen Rückschritt im Umsetzen der positiven Ansätze bedeuten. Wir haben unsere Zustimmung zur Erstellung des Gutachtens nicht gegeben, damit dieses dann in einer Schublade vor sich hindümpelt. Daher beantragen wir hierfür eine 0,50 Stelle.

Weltuntergangsstimmung vermittelt der Vorbericht des HHPlanentwurfes. In den Einzelplänen wird allerdings vieles relativiert.

Trotzdem ist der Spargedanke bzw. Sparwille der richtige Ansatz.

Beschlossene Projekte aufzuarbeiten, Neues hinten an zu stellen. Damit können wir mitgehen. Man könnte es auch unter dem Aspekt des ‚Durchschnauzens‘ sehen. Nach einer Hochkonjunkturphase ist dies notwendig, um neue Kräfte zu sammeln. Hier denken wir insbesondere an die Mitarbeiter der Stadt.

Auch wissen wir heute noch nicht, was die Steuersenkungspläne der neuen Bundesregierung für die Kommunen bedeuten. Auf jeden Fall enthält das Wachstumsbeschleunigungsgesetz einige Punkte, die auf Wenigereinnahmen hindeuten.

Das alles erfordert natürlich eine hohe Transparenz gegenüber den Bürgern. Es ist wichtig, dass notwendige Maßnahmen und Entscheidungen kontinuierlich kommuniziert werden.

Gründe genug für die Einführung **eines Mitteilungsblattes** für das gesamte Stadtgebiet! Außerdem ist eine Gleichbehandlung aller Biberacher Bürger schon längst überfällig.

Zur Umsetzung braucht es aber eine Redakteurstelle, und diese fordern wir.

Mit einem großen Dank an alle, die an der Aufstellung des sicherlich nicht einfachen HHPlanentwurfes beteiligt waren, schließe ich meine Ausführungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

StR Zügel trägt vor:

„Es ist der Rückgang zur Normalität. Die Gewerbesteuerzahlungen pendeln sich wieder auf einem Niveau der Jahre 2004-2005 ein, in denen in BC viel erreicht wurde und in denen es den Bürgern wahrlich nicht schlecht ging. Wir sind alle verwöhnt gewesen von den außergewöhnlich hohen Zahlungen der letzten Jahre. Jetzt muss die Politik mit der finanziellen Situation klar kommen, diese bewerten und auch Entscheidungen treffen. Diese werden unangenehm sein, es werden Interessenskonflikte auftreten, bekanntlich gilt was dem einem lieb ist, ist dem anderen noch lange nicht teuer, aber es muss vom GR entschieden werden.

Ich darf daran erinnern, wer die endgültige und politische Verantwortung für den HH trägt. Es ist in allerletzter Konsequenz nicht der Finanzdezernent, sondern der Gemeinderat und der OB als Teil desselben. Die Genehmigung des HH ist und bleibt das so genannte Königsrecht des GR. Und wenn der GR falsch entscheidet, muss er es vor der Bürgerschaft verantworten.

Wie ist die Situation?

Auf den Rückgang der Steuereinnahmen, die einen ausgeglichenen VerwaltungsHH für die nächsten Jahre unmöglich machen, reagiert die Verwaltung mit den 3 klassischen Möglichkeiten der HH-Steuerung:

Erhöhung der Einnahmen

Senkung der Ausgaben und

Auflösen von Rücklagen

Das planmäßige Abschmelzen der Rücklagen ist aus unserer Sicht legitim, denn genau für diesen Zustand sind die Rücklagen, wohlgerne nicht die Rückstellungen, als Reserve angelegt worden. Das Auflösen der Rücklagen ist auch durch ihre Verwendung zu rechtfertigen. Die Stadt BC investiert in ein räumliches Bildungszentrum, eine NWU und mehr muss finanziert werden, infrastrukturelle Großprojekte, die langfristig qualitativ den Standort verbessern.

Beim Senken der Ausgaben unternimmt die Verwaltung den zaghaften Versuch, in gewissen Bereichen der Freiwilligkeitsleistungen die Ausgaben zu senken. Man kann wahrlich nicht von einer Vollbremsung sprechen.

Die Verwaltung hätte die Chance gehabt, mit einer ausgewogenen Ausgabenverringerung im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen dem Bürger zu zeigen, auch in BC ist die Finanzkrise angekommen.

Diese Chance hat die Verwaltung nicht genutzt.

Um es beispielhaft zu formulieren: wer den Ernst der Lage dokumentieren will, darf eben nicht nur die Schulbudgets und die kulturellen Budgets um 5% kürzen, die Gebühren der VHS um 5% anheben wollen, auch die Eintritte im Hallenbad hätten zumindest erwähnt werden müssen. Hallenbad und VHS sind eben typische Beispiele von kommunalen Freiwilligkeitsleistungen im Bereich Bildung und Sport.

Diese fehlende Ausgewogenheit ist ein deutliches Manko des HH 2010.

Auch bei der Steuerung der Personalkosten scheint die Verwaltung ihre bisherige bewährte Linie zu verlassen. In einem Planungsjahr, welches von verringerten Einkünften ausgeht, dürfen die Personalkosten eben nicht noch zusätzlich dauerhaft gesteigert werden. Weder die Verwaltung noch der GR tun sich einen Gefallen, die Personalkosten ausgerechnet jetzt zu steigern. Die Finanzkrise ist nach Meinung aller Experten noch nicht zu Ende, Bundesregierung + Landesregierung geben unumwunden zu, nur auf Sicht zu fahren. Genau genommen hat keiner eine Ahnung, was auf uns zukommt. Jetzt erhöhte Personalkosten dauerhaft festzuschreiben, ist falsch.

Deshalb beantragen die FW, die Stellenvermehrungen nur auf die gesetzlich verlangten Stellen in den Kigas zu beschränken.

Bei den Einnahmenverbesserungen sind genau genommen nur 3 wirkliche Varianten möglich:

Erhöhung der Gewerbesteuer,

Erhöhung der Grundsteuer und

Erhöhung der Parkgebühren.

Alle anderen Erhöhungen bringen keinen echten Zufluss in die Kasse.

Zustimmung der FW findet die Verwaltung in ihrem Vorhaben, die Gewerbesteuer nicht anzutasten. Alles andere wäre gegenwärtig den Firmen nicht zuzumuten.

Zustimmung der FW findet auch der Vorschlag, die Grundsteuer wieder zu erhöhen, obwohl dies die Bürger, die Firmen wirklich belasten wird. Es war bei der damaligen Senkung aber auch Konsens, bei schlechterer Kassenlage diese Grundsteuer wieder anzuheben. Übrigens ist der Grundsteuerhebesatz B mit 300%-Punkten wieder auf dem Niveau der Jahre 2006-2007. Lange Zeit, nämlich von 1994 bis 2005 lag der Hebesatz B sogar bei 320%. Angesichts der historischen Zahlen relativiert sich die Anhebung der Grundsteuerhebesätze.

Mit ihrem Vorschlag, die Parkgebühren in diesem Umfang zu erhöhen, ist die Verwaltung über das Ziel hinausgeschossen. Selbst wenn man die Begründung, Ansparen für die Sanierung der TG Museum, akzeptieren kann, ist die Erhöhung prozentual und absolut einfach zu hoch.

Ein Mittelzentrum wie BC darf in seinen oberirdischen Parkgebühren nicht teurer sein wie Ulm. Parkgebühren sind wichtige gefühlte Standortfaktoren, die es sorgfältig zu korrigieren gilt. Die erste kostenfreie h in den TG gehört dazu. Allein aus umweltpolitischen Gründen muss sie erhalten bleiben. Die FW wollen die Autos in den TG und nicht auf den Straßen haben.

Die Verkürzung der kostenfreien 1. Stunde auf eine halbe Stunde würde genau dazu führen.

Die Diskussion um Parkgebühren sollte emotionsfrei geführt werden. Das Wort „Wucher“ ist hier nicht angemessen. Die FW beantragen, die kostenfreie erste Stunde in den TG zu belassen, die Parkgebühren aber sowohl oberirdisch als auch mit Beginn der 2. Stunde in den TG um 50% zu erhöhen. dies ist prozentual gesehen hoch, aber in absoluten Beträgen überschaubar. Dies erscheint uns der richtige Kompromiss zwischen Einnahmenverbesserung und Standortförderung zu sein.

Eine Bemerkung zur Investitionsplanung und zu den Investitionsvorhaben. Dieser HH-Entwurf weist hier Schwächen auf.

Es ist zu tolerieren, wenn die Straßensanierungen angesichts der HH-Lage gestreckt werden. Unverständlich ist es, wenn dringende Sanierungen wie die Turnhalle in Mettenberg oder der marode katholische Kiga St. Gallus in Rißegg nicht einmal in der Planung berücksichtigt werden. Mit entsprechenden Anträgen werden die FW versuchen, korrigierend einzugreifen.

Vielleicht ist es einfach nachhaltiger, Kigas zu sanieren als Tribünenkapazitäten zu verdoppeln. Antworten muss auch die Kulturverwaltung auf die ungelöste Frage nach der Zukunft des Webermuseums und der Verwendung des Gebäudes in der Zeughausgasse finden. Beide Antworten sind mit Geld verbunden und sollten aus unserer Sicht im 1. Halbjahr 2010 gefunden werden.

Beide Bereiche lösen drängende Fragen bei den sich dafür interessierenden Bürgern aus.

Die Beratungen zum HH werden wie gesagt naturgemäß durch Interessenkonflikte bestimmt werden. Dies ist vollkommen normal in der Demokratie. Die FW plädieren dafür dem Bürger jetzt zu signalisieren, so bequem wie bisher wird es aller Voraussicht nach nicht mehr werden. Daher ist es besser mit den kleinen „Grausamkeiten“ sofort zu beginnen als diese scheinbar nachzureichen.

Die Regelung der finanziellen Zusammenarbeit der Stadt BC mit den Kirchen als Träger der konfessionell geführten Kigas ist wichtiger Punkt in der nahen Zukunft. Die Position der FW ist wie folgt:

Für die FW sind konfessionell geführte Kigas eminent wichtig.

Die FW haben Verständnis für die Finanznöte der Kirchen.

Die FW wollen die Kirchen nicht aus ihrer finanziellen Verantwortung entlassen.

Die FW streben eine langfristige und nachhaltige Regelung im Frühjahr 2010 an.

Es ist ein Ritual, all denen zu danken, die an der Aufstellung des Haushaltsplans mitgewirkt haben. Namentlich möchte ich Frau Leonhardt erwähnen. Die Haushaltpläne werden zunehmend transparenter und für den Gemeinderat immer besser zu lesen."

StR Späh trägt vor:

„Vor einem Jahr hat sich die Finanzkrise in ihrem ganzen Ausmaß als weltweites Beben ins Bewusstsein der Welt gegraben. Der ungezügelter Raubtierkapitalismus hat sich ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit gestellt. Die immer größere Gier, nach mehr Gewinn hat uns an den Rand des Abgrundes geführt. Die Vernichtung von unvorstellbarem Finanzvermögen und die Maßnahmen zur Rettung der Finanzinstitute hat zu einem tiefgreifenden Vertrauensverlust in die Finanzwelt aber auch in die Politik geführt. Die Bürger können nicht mehr nachvollziehen, wie es möglich ist, Hunderte von Milliarden Euro in marode Finanzunternehmen zu stecken, die die Zukunft auf Jahrzehnte unserer Kinder mit Zinszahlungen belastet und gleichzeitig ärmeren Schichten der Bevölkerung immer mehr Finanzlast aufbürdet.

Der Einbruch in die reale Wirtschaft zeigt nun seine volle Wirkung. Auch wenn Zweckoptimisten momentan wieder versuchen, die Wirtschaft gesund zu reden, werden wir die Auswirkungen auf Jahre hinaus spüren und in unseren Haushalten abgebildet sehen.

In einem Monat steht in Kopenhagen die Nachfolgekonferenz für das Kyoto-Protokoll an. Die momentanen Vorbereitungssitzungen lassen einen Erfolg vor allem wegen den nicht mehr vorhandenen Finanzmitteln in ferne Zukunft rücken. Diese Zukunft wird es aber nicht mehr geben, wenn wir es nicht schaffen, global und lokal in einem nie da gewesenen Ausmaß umzusteuern, um die 2% Steigerung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes der Luft einzuhalten.

Deshalb steht für uns Grüne dieser Haushalt im Zeichen der Zukunftsfähigkeit der Kommune. Ich werde bei unseren Anträgen entsprechend darauf eingehen.

Dieser Haushalt, ist mit seiner um 20 Mill. € verminderten Gewerbesteuerereinnahme gegenüber 09 ein deutlich sichtbares Zeichen der Wirtschaftskrise die nun bei uns in der Stadt und der Region mit tiefgreifenden zurückgehenden Umsatzzahlen in den Betrieben einhergehen. Dass die Beschäftigungszahlen noch nicht in diesem Maße eingebrochen sind, ist der großzügigen Kurzarbeiterregelung zu verdanken. Was aber das nächste Jahr beschäftigungswirksam für uns bringen wird, ist eher negativ zu sehen.

Durch unsere sehr guten Haushaltsjahre kommen nun die umlagenstarken Ausgaben in eine sehr ungünstige Zeit für unseren Haushalt. Dies zeigt sich am deutlichsten in der negativen Zuführung vom VMH zum VWH um 13,5 Mill. €. Ein solches Ergebnis habe ich in meinen 12 Jahren Stadtratstätigkeit noch nie erlebt.

Allein die Kreisumlage mit der FAG-Umlage von 45,5 Mill. €, nehmen uns die kompletten Gewerbe- und Umsatzsteuereinnahmen wieder weg.

Dank unserer sehr hohen Rücklage von ca. 90 Mill. € lässt sich dies durch eine über 21 Mill. € umfassende Rücklagenentnahme tragen. Im Kernhaushalt haben wir keine Schulden. Dies verstellt aber den Blick darauf, dass wir in den letzten Jahren Bereiche in Eigenbetriebe ausgelagert haben, wie die Stadtentwässerung mit ca. 33 Mill. € Schulden und den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft mit ca. 1,5 Mill. Schulden. Unsere Rücklagen werden, wie in der MIFPI. dargestellt, deutlich abschmelzen und damit den Gestaltungsspielraum verengen.

Die Verwaltung versucht nun mit ihren Einsparvorschlägen im Vorbericht Seite 013/014 dargestellt, dieses Abschmelzen der Rücklage erträglich zu halten. Das Ziel unterstützen wir nachdrücklich. Wir sehen aber in einigen Positionen Änderungsbedarf. Darauf gehen ich bei unseren Anträgen noch gesondert ein.

Das Einsparvolumen hält sich noch in Grenzen. Es wird nur bedingt für den Bürger ersichtlich und ihn in seinem Geldbeutel nur gering belasten.

Ich komme nun zur Bewertung einzelner Haushaltsbereiche.

Bei den Schulen stehen uns große finanzielle Anstrengungen bevor. Sie zukunftsfähig zu machen und zu halten ist die wichtigste Aufgabe. Die neue Realschule mit dem Ganztagesbereich wird die Schullandschaft mit der Inklusion der Förderschule an diesem neuen Standort nachhaltig verändern. Dazu stehen wir und wollen unseren Beitrag dazu leisten. Die damit einhergehende Verbindung von Bildung Betreuung und kulturellem-musikalischen Engagement in dieser Schulleite ist sehr positiv zu sehen. Einem daraus sich entwickelnden kommunalen Bildungsplan sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Die Kultur hatte in der Vergangenheit in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Viele Firmen und deren Mitarbeiter sehen dies als großen Standortvorteil wie dies kürzlich bei der Fa. Böhringer Ingelheim nochmals deutlich erwähnt wurde. Auch für das Miteinander ist dies ein hohes Gut. Deshalb wollen wir versuchen trotz Kürzungsvorschlägen, die Kultur unserer Stadt qualitativ zu stärken.

Im Jugendbereich hat die Stadt kluge und zukunftsweisende Entscheidungen für die Zukunft getroffen. Im Bereitstellen von personellen Möglichkeiten in der Schulsozial- und der Mobilen Ju-

gendarbeit wurde dies deutlich und wird sich positiv auswirken. Die Birkendorf-GS ist als einzige Schule noch nicht mit Schulsozialarbeit versorgt. Hier warten wir auf ein Konzept der Verwaltung. Im Kleinkindbereich haben sich in den letzten Jahren massive Veränderungen auch durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen ergeben. Diese Veränderungen, durch vermehrtes Angebot an Krippenplätzen und eine qualitative Verbesserung der Kindergartenarbeit mit dem anstehenden Orientierungsplan, müssen für uns eine positive Herausforderung in den nächsten Jahren bleiben. In der KIGA-Lenkungsgruppe wurde dafür eine gute gemeinsame Basis mit den Kirchen gelegt. Wir halten es für wichtig, dass die Kirchen auch zukünftig Angebote in der Kleinkindbetreuung in der Stadt machen. Wir fordern die Verwaltung auf, hier den Kompromiss mit den Kirchen zu suchen.

Der Prozess der durch den Integrationsausschuss angeregt wurde und nun durch eine breite Mitwirkung vieler Beteiligten, die Integrationsbemühungen auf eine neue Basis stellen soll, begrüßen wir nachdrücklich. Die Seniorenarbeit ist ebenfalls auf einem guten Weg.

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt, aber auch die Möglichkeit sich Wohnraum zu erwerben, ist uns auch zukünftig wichtig. Im neuen Baugebiet Talfeld haben wir die Möglichkeit mit qualitativ hochwertigem und guten energievermeidenden Konzepten, ein gutes Angebot für unsere Bürger zu machen. Langfristig muss die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung bekommen. Die Erhöhung der Grundsteuer ist in der jetzigen Haushaltslage ein richtiges Vorgehen. Für die Gewerbetreibenden und die großen Firmen ist es notwendig die entsprechende Infrastruktur vorzuhalten. Dies muss aber sorgfältig mit den ökologischen Interessen abgewogen und in Einklang gebracht werden.

Bei unseren Beteiligungen vor allem an der e.wa-riss als 50% Tochter der Stadtwerke haben wir in den letzten Jahren viele Veränderungen durch die Veränderungen im Energiebereich hinnehmen müssen. Die Erträge gehen zurück und dadurch die Ausschüttung an die Stadtwerke. Die durch die Auslagerung der Tiefgaragen und den Neubau des Hallenbades und ihrer anderen Geschäftsbereiche ist ein deutliches Delta vorhanden. Dies müssen wir auch als Stadt, in den nächsten Jahren ausgleichen, um die Stadtwerke handlungsfähig zu halten. Wir erwarten von der e.wa-riss und den Stadtwerken deutliche Anstrengungen die Ertragslage zu verbessern um den Abmangel zu begrenzen.

Ich komme nun zu unseren Anträgen

Trotz der oben beschriebenen Aufgaben muss die Stadt sich der Zukunftsaufgabe „Klima“ deutlich mehr stellen als sie dies bisher tut.

Auch halten wir es für notwendig in Zeiten von allgemeiner Verunsicherung über die Zukunft, die Bürger über das Geschehen in der Kommune über ein eigenes Mitteilungsblatt in der Kernstadt zu informieren. Deshalb haben wir dazu Anträge für eine Redaktionsstelle und für die Einrichtung des Mitteilungsblattes gestellt.

Für die Kürzung im Kulturbudget erwarten wir eine detaillierte Darstellung wie es sich auswirken wird. Die Qualität darf nicht gemindert werden. Im Schulbudget wollen wir die Kürzung nicht um 5% sondern nur um 2% um den Schulen ihre Bildungsnotwendigkeiten nur minimal zu beschneiden.

Das Förderprogramm „Umweltschutz“ wollen wir nur um 75000€ kürzen. Wir halten eine weitere Kürzung nicht für vertretbar. Die Abrechnung 08 zeigt, dass es gut angenommen wird. Die Parkgebührenerhöhung von der Verwaltung geht in die richtige Richtung. Wir wollen dies mittragen und moderat um 5 Cent pro Takt darüber hinausgehen. Damit leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag für die Klimazukunft unserer Stadt und darüber hinaus. Es ist trotz gegenteiliger Wahrnehmung Einzelner, nicht sinnvoll die Ausgaben für das Parken allen Bürgern zuzumuten. Derjenige der sich klimafreundlich verhält und mit dem Rad, ÖPNV oder zu Fuß in die Stadt fährt oder geht, sollte nicht an den Kosten für das Parken beteiligt werden. Bei einem Abmangel von über

einer Mill. € ist diese Erhöhung längst überfällig. Die extrem teuren Sanierungen der „TG Stadthalle“ mit ca. 6,5 Mill. € und die anstehende Sanierung der „TG Museum“ mit ca. 5 Mill. €, lassen ein zurücknehmen von anstehenden Erhöhungen nicht mehr zu. Der Klimaschutzgedanke ist unserer Fraktion dabei aber der Wichtigste. Es kann nicht sein, dass eine Busfahrt in die Stadt fünfmal so teuer ist wie das Parken mit den PKW. Eine halbe Stunde kostenfrei reicht in den Tiefgaragen als Anreiz in die Stadt zu kommen aus. Weiterhin beantragen wir die Bemühung der Stadt um die Aufnahme in den „Europäischen Energie Award“. Die Kosten dieser Maßnahme wird zu 60-70% von der Landesregierung übernommen, weil diese Maßnahme die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Energieeffizienz und damit ihre Energiekosten deutlich zu senken. In diesem Zusammenhang fordern wir 100000€ einzustellen um die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden weiterzuführen. Trotz Sparzeiten ist dies notwendig. Auch halten wir es für notwendig 30000€ für die Ergänzung von Radwegen vorzusehen um Lücken zu schließen. Durch unsere Anträge tragen wir trotz einiger Mehrkosten zu den Sparanstrengungen bei. Nur wenn es uns als Kommune gelingt zukunftsfähige vorausschauende Politik auch im Sinne der „Einen Welt“ zu machen haben wir eine Chance, unseren Kindern eine lebenswerte Erde zu übergeben. Das muss unser Ziel sein. Unser Dank gilt allen Beteiligten für den Haushaltsentwurf. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

StR Funk trägt vor:

### **1. Vorbemerkung und Dank**

Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Unseren besonderen Dank sagen wir dafür, dass auf Seite 45 des Vorberichtes die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt in absoluten Zahlen von 2001 bis 2010 dargestellt wird. Jetzt kann jedermann unter dem Jahr bei Aussagen zur Zuführung sofort auf diese Seite verweisen. Wie in jedem Jahr wurden aus unserer Sicht wieder alle wichtigen Punkte im Vorbericht angesprochen, wir haben in diesem Jahr aber doch den Eindruck, dass im redaktionellen Teil Nebelkerzen gezündet wurden. Dies erschwert einem Stadtrat die Arbeit und reduziert die Transparenz. Interessant ist die Seite 35 des Vorberichtes. Auf dieser Seite wird ganz beiläufig ein Politikwechsel verkündet. Hier heißt es: Die vom Gebäudemanagement zunächst präferierte Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung wird nicht mehr weiter verfolgt, weil bei genauer Betrachtung in der langfristigen Perspektive keine wirtschaftlichen Vorteile für die Stadt zu generieren sind. Herzlichen Dank, dies war und ist FDP-Meinung zu diesem Thema, allerdings nicht die Meinung des Gemeinderates.

### **2. Risiko**

Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass im Haushaltsplan viele Bereiche gar nicht oder nicht vollständig nachrichtlich ausgewiesen sind. Im Einzelnen handelt es sich um:

- Die Stadtwerke Biberach GmbH mit der Beteiligung an der e.wa riss, den Bädern, dem ÖPNV und den Hoch- und Tiefgaragen
- Den Eigenbetrieb Stadtentwässerung
- Den Abwasserzweckverband Riß
- Den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
- Die Jugendarbeit mit den Vereinen Jugend Aktiv und Lilienthal
- Auch der Hospital mit der gemeinnützigen Bürgerheim GmbH für Seniorenarbeit und dem Pflegedienst gehört bedingt dazu.

Insgesamt handelt es sich hierbei um ein gewaltiges Volumen. Nach unserer Einschätzung besteht aber derzeit für den Haushalt der Stadt Biberach aus diesen Bereichen kein Risiko. Das uns überlassene Zahlenmaterial mit guter Transparenz lässt diesen Schluss zu.

Im Haushaltsplan der Stadt Biberach selbst finden wir allerdings keinerlei Aussagen zu irgendwelchen Risiken. Dies sollten wir ändern. Wir beantragen deshalb im Jahr 2010 mit einem Risikomanagement und einem jährlichen Risikobericht, wie zum Beispiel bei den Stadtwerken üblich, zu beginnen. Zum Einstieg könnte man die Beteiligungen der Stadt erfassen und ihr Risiko bewerten sowie die belasteten Grundstücke auflisten. Wir gehen davon aus, dass diese Arbeiten mit der Einführung der Doppik ohnehin notwendig sein werden.

### 3. Wirtschaftskrise

Die Finanzkrise hat auch die Realwirtschaft in der Bundesrepublik, im Kreis und in der Stadt Biberach heftig erreicht. Jetzt hilft nur ein kühler Kopf und harte Arbeit über viele Jahre. Ein Patentrezept zur Lösung der Probleme wird es nicht geben. Den Volkswirten sollte man zuhören und sie bei unterschiedlichen Meinungen selbst bewerten. Die Lehren aus der Geschichte sind zu ziehen. Das heißt nach unserer Auffassung für Bund und die Stadt Biberach gleichermaßen:

- Ein Sparen durch den Staat wie zu Brünings Zeiten darf es jetzt nicht geben.
- Unmittelbare Steuererhöhungen wären jetzt der falsche Weg. Firmen und alle Bürger haben viele eigene Probleme selbst zu lösen.
- Für sinnvoll erachtete Investitionen dürfen nicht verschoben werden
- Antizyklisches Verhalten ist sinnvoll und notwendig, jetzt geht es zu Lasten der Rücklagen oder durch die Aufnahme von Fremdkapital.
- Investitionen gehen im Zweifel vor dem Konsum.
- Es darf keine Konjunkturprogramme geben, bei denen Ressourcen fehlgeleitet oder sogar Kapital vernichtet wird.
- Es darf keine Konjunkturprogramme geben, bei denen es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.
- Wenn wieder dauerhaftes Wachstum erreicht wird, müssen die Schulden zurückgeführt werden oder die Rücklagen erhöht werden.

Ein paar volkswirtschaftliche Zahlen sind sicher hilfreich, die täglichen Presseberichte einzuschätzen und die richtigen Entscheidungen zu fällen:

1969 war in der Bundesrepublik das Wort Schulden ein Fremdwort. In

40 Jahren wurde nun ein Schuldenberg von fast 1,8 Billionen Euro aufgetürmt. Das sind im Durchschnitt 45 Milliarden pro Jahr. Jetzt erst, so hat man den Eindruck, entdeckt die Öffentlichkeit dieses Problem.

Hier die Entwicklung der Schulden der letzten 5 Jahre:

2005	1.524 MRD.€
2006	1.571 MRD.€
2007	1.578 MRD.€
2008	1.644 MRD.€
2009	1.780 MRD.€ zirka geschätzt

Das sind in vier Jahren fast 17 %. Die Gemeinden sind an dieser Entwicklung nicht beteiligt, wohl aber die Länder und vor allem die große Koalition in Berlin.

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich wie folgt:

2005	2.265 MRD €
2006	2.374 MRD €
2007	2.478 MRD €
2008	2.537 MRD €
2009	2.400 MRD € zirka geschätzt

Das sind im selben Zeitraum nur 6 %.

Die Gesamtsteuereinnahmen stiegen von 2005 bis 2009 um 17 %.

2005	452 MRD €
2006	488 MRD €

2007	538 MRD €
2008	561 MRD €
2009	529 MRD €
2010	511.MRD €

Wenn die Steuereinnahmen jetzt sinken wie nie zuvor, so hat dies vor allem den Grund, dass die Steuereinnahmen zuvor gestiegen sind wie nie zuvor. Der Staat hat kein Einnahmenproblem, sondern ein massives Ausgabenproblem. Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind von 2005 mit 60 MRD. € auf 77 MRD. im Jahr 2008 um 12 % gestiegen. Die Gesamtsteuereinnahmen sind um das Doppelte, nämlich 24 %, in diesem Zeitraum gewachsen.

#### **4. Gewerbesteuer und Zuführung**

Bevor wir unsere Bewertung zum Haushaltsentwurf der Stadt Biberach abgeben, melden wir zwei Wünsche an, die wir auch in unseren Anträgen formuliert haben:

Erstens: Die Verwaltung wird im ersten Halbjahr des Jahres 2010 die durchschnittlichen zukünftigen Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Biberach für die nächsten 10 Jahre schätzen. Im Antrag ist dies noch genauer formuliert.

Zweitens: Die Verwaltung wird eine Erklärung abgeben, wie viel Zuführung der Vermögenshaushalt braucht, um nachhaltig alle derzeitigen Einrichtungen der Stadt Biberach betreiben zu können.

Zur Erinnerung sei gesagt, dass es die gesamte Verwaltung und alle anderen Fraktionen der Stadt waren, die sich für das Festhalten der derzeitigen Finanzierung der Gemeinden ausgesprochen haben. Dies hat zur Folge, dass die Gemeindefinanzen von der extrem schwankenden Gewerbesteuer abhängen. Jetzt sind eben gerade die Unternehmenssteuern, nämlich die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer, besonders stark gefallen. Die FDP will dieses System nicht und hat ein besseres Konzept zu bieten. Diejenigen, die das derzeitige Steuersystem wollen, müssen nun endlich Aussagen dazu treffen, wie sie unser durchschnittliches Steuereinkommen in einem 10-Jahresraum einschätzen wollen.

#### **5. Unsere Bewertung des Haushaltsentwurfs**

Dieser Haushaltsentwurf widerspricht nach unserer Auffassung nahezu allen Kriterien, die wir aufgestellt haben, um der Wirtschaftskrise wirksam zu begegnen und als Stadt Biberach einen Anteil zur Bewältigung der Krise zu leisten. Wir werden mit unseren Anträgen versuchen, einen großen Teil des Entwurfes wieder rückgängig zu machen und geben jetzt unsere Bewertung zu den wichtigsten Punkten ab.

##### **Allgemeine Vorbemerkung**

Die FDP-Gruppierung und Fraktion hält in diesem Jahr ihre 11. Haushaltsrede. Wir teilen diese 11 Jahre unter OB Fettback und den Finanzbürgermeistern Loth und Wersch wie folgt ein:

**Jahre 2000 bis 2004:** Das durchschnittliche Bruttogewerbesteueraufkommen beträgt 34 Mio. Die Stadt lebt total über ihre Verhältnisse. In dieser Zeit kommen das Hallenbad mit Sprungturbekcken und das Nägelehaus hinzu. Herr Wersch zieht anschließend die Notbremse und lagert Schulden in den Eigenbetrieb Stadtentwässerung aus.

**Jahr 2005:** Das Bruttogewerbesteueraufkommen beträgt durch Steuernachzahlungen 48 Mio. und hat erstmals eine Größenordnung erreicht, die wir damals für den Haushalt als ausreichend einschätzten.

**Jahre 2006 bis 2009:** Das durchschnittliche Bruttogewerbesteueraufkommen beträgt 87 Mio. Die Stadt kann Rücklagen und Rückstellungen bilden. Nach unserer Einschätzung wird die Stadt im Jahr 2009 mit einer schwarzen Null abschließen, wenn die Umlagen, das ist das alles entscheidende, fiktiv periodengerecht zugeordnet werden.

**Jahre 2010 und 2011:** Sollten diese Jahre extrem schwierig werden, so haben wir dafür Vorsorge getroffen und brauchen keine außergewöhnlichen Anpassungsprozesse zu beschließen.

### **Zum Verwaltungshaushalt:**

**Der Gewerbesteueransatz** im Plan 2010 beträgt 45 Mio. Damit liegt der Ansatz um 19 Mio. über dem durchschnittlichen Planansatz der Jahre 2000 bis 2005. Das sind als 70 % plus. Im Vergleich zu anderen Städten hat die Stadt Biberach immer noch sehr große Einnahmen.

**Die negative Zuführung** in Höhe von 13.450.000 Euro ergibt sich ausschließlich wegen der Zweijahresrechnung in Sachen Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage.

Die Zuführung wäre ansonsten noch positiv und dies, obwohl die Verwaltung sehr niedrige Ansätze für den **Umsatzsteuer -und Einkommensteueranteil** vorlegt. Diese Ansätze stellen wir in Frage.

Durch die Vorschläge der Stadt soll sich der Verwaltungshaushalt um 3,450 Mio. Euro verbessern. Davon sollen die Bürger durch die **Grundsteuererhöhungen** und die drastischen Erhöhungen der **Parkgebühren** allein 2 Mio. beisteuern. **Die Stadt spart nicht selber, sie bedient sich beim Bürger.** Die FDP-Fraktion lehnt diese Vorschläge ab. Sie hat sich in ihrem Kommunalwahlprogramm zu beiden Punkten klar artikuliert. Daneben sollen plötzlich die **Reparaturaufwendungen** der Gebäude und Straßen der Stadt in Höhe von 0,85 Mio. Euro auf spätere Jahre verschoben werden. **Der Zinseffekt ist gleich null, hier handelt es sich um eine große Nebelkerze.** Wir sind froh, endlich ein Straßenkataster zu haben und warten jetzt darauf, dass für alle Immobilien gleich vorgegangen wird. Ein Schritt zurück ist mit uns nicht zu machen. Die FDP-Fraktion lehnt dies ab. Wir wollen nach vorne arbeiten.

Die weiteren vorgeschlagenen Maßnahmen finden nur zum Teil unsere Zustimmung. Schon abgelehnt wurde vom Gemeinderat zurecht die Einschränkung des Winterdienstes.

Was die Aufgabenverteilung und Finanzierung der Kindergärten angeht, so sind wir unter zwei Voraussetzungen für vieles offen. Die Aufgabenverteilung muss effizient sein und es muss eine Wertevermittlung stattfinden.

### **Vermögenshaushalt**

Auch im Vermögenshaushalt soll die Aussetzung der Straßenerneuerung den Löwenanteil der Einsparungen erbringen. Hier gilt für uns erst recht das zum Verwaltungshaushalt Gesagte. Bemerkenswert auch: 10 Mio. Euro Einnahmen vom Land für den Verkauf und den Bau der Realschule fließen außerhalb der mittelfristigen Finanzplanung zurück.

### **Ergebnis**

Im Ergebnis kann man sagen, dass die Verwaltung einen Haushaltsentwurf vorgelegt hat, der keine nennenswerten echten Einsparungen aufzeigt und keine Veränderungen der Strukturen beinhaltet. Die FDP-Fraktion bleibt bei ihrer Linie. In den Jahren 2010 und 2011 werden im Notfall die Rücklagen herangezogen. In diesen zwei Jahren bleibt genügend Zeit die Jahre 2012 und Folgende einzuschätzen und dann eventuell notwendige Veränderungen rechtzeitig zu beschließen.

### **6. Ablehnung**

Anhand unserer Analyse und Bewertung des Haushaltplanentwurfs der Verwaltung können sie leicht erkennen, dass dieser keine Zustimmung durch die FDP-Fraktion finden wird. Die Begründungen für die Steuererhöhungen und Erhöhungen der Parkgebühren sind nicht hinnehmbar. Wie wenn man jetzt erst mitbekommen hätte, dass das Feuerwehrhaus 50 Jahre alt ist und das Parkhaus saniert werden muss. Das kann man genauso aus der Rücklage nehmen. Mit unseren Anträgen werden wir versuchen, die Vorschläge der Verwaltung rückgängig zu machen. Wir gehen davon aus, dass mit periodengerechter Zuordnung, 2010 fast eine schwarze Null erreicht werden kann. Wenn nicht, ist die Entnahme aus den Rücklagen richtig. Genau dafür sind sie nämlich vorgesehen. Moderate Gebührenerhöhungen werden wir mitbeschließen.

Sparsames Wirtschaften ist für uns in guten und schlechten Zeiten eine Selbstverständlichkeit. Steuererhöhungen, übertriebene Erhöhungen der Parkgebühren und Ausgabenkürzungen auf Kosten der Substanzerhaltung lehnen wir mit Entschiedenheit ab.

## **7. Bildungszentrum**

Wir haben in den Jahren 2000 bis 2005 viele Millionenausgaben nicht mitbeschlossen. Wir waren unter anderem nicht bereit, 13 Millionen für ein neues Hallenbad auszugeben und verweigerten unsere Zustimmung für den Kauf des Nägelehauses. Aus unserer Sicht sind weitere Fehlentscheidungen vorprogrammiert, wenn Verwaltung und Gemeinderat in Zukunft nicht Vermögenswerte, Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt gleichzeitig betrachten. Der Vermögenshaushalt beinhaltet eben nur die Vermögensveränderungen. Der Werteverzehr wird im Moment noch nicht vollständig wiedergegeben.

Beim Bau des neuen Bildungszentrums haben wir deshalb klare Vorstellungen:

Bei der Planung der neuen Turnhalle erwarten wir von der Verwaltung Zahlen und Fakten, um über Größe und die Anzahl der Zuschauerplätze fundiert entscheiden zu können. Wir sind hierzu in direkte Gespräche mit Herrn Kuhlmann und Herrn Morczinietz eingetreten.

Was die Verwirklichung einer Kletterhalle angeht, so macht die FDP-Fraktion hierzu folgenden Vorschlag:

Der Deutsche Alpenverein erhält von der Stadt Biberach, wie in vergleichbaren Fällen üblich, einen Platz und einen eventuellen Zuschuss zur Verfügung gestellt. Der Verein baut und organisiert die Halle selber. Das Schulbudget wird nicht gekürzt. Die Schulen entscheiden eigenverantwortlich, ob sie ihr Budget für Bücher, die Benutzung der Kletterhalle oder Anderes einsetzen wollen.

## **8. Anträge, Anregungen und Fragen**

Mit unseren Anträgen und Anregungen aus dem Vorjahr sind wir auf einem viel versprechenden Weg.

Leider wurden von der Verwaltung zwei beschlossene Anträge der FDP immer noch nicht bearbeitet, nämlich die Erarbeitung eines Konzeptes für die Einführung der Bildungs- und Betreuungsgutscheine und die Bündelung der Aufwendungen für regenerative Energien und Klimaschutz von e.wa riss, Stadtwerken und Stadt Biberach. Hier erwarten wir nun wirklich zeitnah Ergebnisse. Auf das vollständige Vortragen unserer Anträge für das Jahr 2010 verzichteten wir. Diese Anträge beinhalten Fragen der Organisation ohne große Kosten und die Rücknahme der Vorschläge der Verwaltung.

- Wir beantragen, den Hebesatz auf die Grundsteuer nicht zu erhöhen.
- Wir beantragen, in den Parkhäusern die erste Stunde weiterhin gebührenfrei zu lassen und ansonsten die Parkgebühren nur moderat zu erhöhen. Mit einer neuen Vorlage soll sich die Verwaltung am Beispiel Memmingen orientieren.
- Wir beantragen, das Kulturbudget zum 1. Januar 2011 abzuschaffen.
- Wir beantragen, die zweite Ausstellung im Museum nicht zu streichen.
- Wir beantragen, das Schulbudget nicht zu kürzen.
- Wir beantragen, dass sich das reduzierte Förderprogramm „Umweltschutz“ im Wesentlichen auf die Förderung von Solaranlagen beschränkt.

## **9. Beratungen**

Wir bedauern, dass die nun folgenden Beratungen in den Ausschüssen wieder nicht öffentlich erfolgen sollen. Zu oft ist es in letzter Zeit passiert, dass die Reden eines Fraktionsvorsitzenden nichts mit dem Abstimmen der Fraktion in den Ausschüssen zu tun hatte. Wir meinen gerade die Diskussion über die Erhöhung der Parkgebühren sollte in der Öffentlichkeit geführt werden.

Wer weiterhin eine intakte Innenstadt haben will, der muss dafür sorgen, dass viele kleine Stellschrauben richtig justiert werden. Die Parkgebühren sind eine Stellschraube davon. Die leider viel zu früh verstorbene frühere FDP-Stadträtin Christina Flemisch hat die Idee, „Erste Stunde freies Parken“, von Memmingen nach Biberach transportiert. Ihre spätere Einführung hat nachweislich wenig gekostet. „Erste Stunde freies Parken“, das ist ein Erfolgsmodell. Wir lassen daran nicht rütteln. In der Anlage sind Zahlen 2000 – 2009 zur Gewerbesteuer und Zuführung dargestellt.

Dies ist für uns die Basis für unsere Diskussionen. Falls daran etwas falsch sein sollte, Frau Leonhardt, bitte ich, mir dies zu sagen.  
Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.“

OB Fettback dankt für die Haushaltsreden und verweist den Haushaltsplan-Entwurf in die Vorbereitungen.

**TOP 3    Aufstellung des Bebauungsplanes "Räumliches Bildungszentrum /  
Wilhelm-Leger-Straße"**

**213/2009**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 213/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.11.2009.

OB Fettback verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bauausschusses.

Ohne Wortmeldung fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Bebauungsplan „Räumliches Bildungszentrum/Wilhelm-Leger-Straße“ wird für das im Lageplan Nr. 09-011 des Stadtplanungsamtes vom 07.04.2009 umrandete Gebiet aufgrund § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 220/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 09.11.2009

OB Fettback begrüßt den Rektor der Mali-Hauptschule, Herrn Karl Schley. Man sei stolz darauf, eine so innovative Hauptschule am Ort zu haben. Das neue Konzept passe gut zusammen. Man halte es auch für richtig, keinen Schulbezirk einzurichten in der Hoffnung, dass im weiteren Verlauf der Entwicklung auch andere nach Biberach kämen. Im weiteren verweise er auf die Vorberatung.

StR Dullenkopf lässt wissen, dass die CDU-Fraktion inhaltlich voll hinter den Beschlussanträgen stehe. Man wisse, dass man eine gute Hauptschule habe. Man wolle die Umwandlung zur neuen Werkrealschule formal begleiten und sei damit einverstanden. Man sei sicher, dass die Standortvoraussetzungen gut seien und die Schule auch in Zukunft einen guten Zuspruch erfahre, sodass die geplante Zweizügigkeit stabil bleiben könne. Insofern wünsche man der Schule alles Gute.

StRin Drews beschreibt, dass es sich äußerlich nur um eine Namensänderung handle. Inhaltlich werde der Lehrplan auf 6 Jahre ausgelegt, wobei das zehnte Jahr in Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen gestaltet werde. Das Sportprofil, das die Mali-Schule als eine von nur vier Schulen im Land anbiete, bleibe erhalten. Es bestehe kein Mehrbedarf an Raum oder an Umbaumaßnahmen. Beschlussantrag 2, dass auf die Einrichtung eines Schulbezirks verzichtet werde, signalisiere, dass die Türen offen seien für Schüler, die am Ganztagesbetrieb und am Sportbetrieb teilhaben wollen. Für Ausstattung wie Klassengröße, Anzahl der Lehrer, Stundenzahl pro Schüler, usw. liege die Verantwortung beim Land. Hier könne der Gemeinderat nicht eingreifen. Für die Bereitstellung von Räumen, von Material, von Schulsozialarbeitern Sorge die Stadt und habe dabei gute Arbeit geleistet. Man hoffe, dass das Schulbudget nicht so gekürzt werde, dass die Schule nicht mehr vernünftig arbeiten könne. Zur besseren Vernetzung der Institutionen vor Ort sei ein runder Tisch initiiert worden. Man hoffe, die Weichen in die richtige Richtung gestellt zu haben und wünsche der Schule gutes Gelingen in der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern, die man morgen als neue Mitarbeiter in den Betrieben begrüßen dürfe.

StR Heinkele schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Die Umwandlung in eine Werkrealschule bringe der Mali-Hauptschule nur Vorteile. So könne es gelingen, die Schülerzahlen auf Dauer zu halten bzw. auszubauen. Der Rektor der Mali-Hauptschule habe sein Kollegium gut vorbereitet, so dass dort die Akzeptanz sehr hoch sei. Ein deutlicher Wermutstropfen sei die dadurch bedingte Erhöhung von Kosten für den ÖPNV.

StR Späh sieht das dreigliedrige Schulsystem im Wanken. Langfristig werde die Hauptschule in Frage gestellt. Durch das Angebot einer zweizügigen Werkrealschule komme Bewegung in die Schullandschaft. Die Stadt gewinne dadurch an Attraktivität. Dass man keinen Schulbezirk einrichte, sei ein Signal an das Umland und die Fraktion stimme der Vorlage zu.

StR Funk folgert aus der Entscheidung für eine Werkrealschule das Gegenteil, nämlich dass das dreigliedrige Schulsystem erhalten bleibe. Die FDP stimme der Vorlage zu und wünsche der Schule viel Erfolg. Er habe versucht herauszufinden, weshalb die Stadt Ravensburg die Einrichtung einer Werkrealschule abgelehnt habe. Vermutlich hinge es damit zusammen, dass die Ravensburger für eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems seien. In diesem Zusammenhang merkt

er an, dass der Ravensburger Gemeinderat aus 38 Personen bestehe und selbst Gruppierungen mit zwei Mitgliedern als Fraktion gelten.

OB Fettback fasst zusammen, dass die Aussprache das Problem auf den Punkt gebracht habe. Wichtig sei, in dieser Entwicklung, die nicht nur die Stadt sondern auch das Umland betreffe, die Öffentlichkeit mitzunehmen. Die Stadt wolle sich als Partner anbieten.

Es folgt die Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Umwandlung der Mali-Hauptschule in eine Werkrealschule wird zugestimmt.**
- 2. Auf die Einrichtung eines Schulbezirks wird verzichtet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 211/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 09.11.2009.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und die Vorberatung. In der heutigen Ausgabe der Schwäbischen Zeitung sei der Sachstand ebenfalls dargestellt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Vergabe des Mensabetriebes in Form einer Dienstleistungskonzession an die Dornhof Integrationsbetriebe gGmbH ab 01.01.2010 bis zum 31.07.2011 zu.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt der Änderung des Verpflegungskonzeptes sowie dem Betriebskonzept – wie aus Anlage 1 zu Drucksache 211/2009 ersichtlich – zu.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 205/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 05.11.2009.

OB Fettback begrüßt Herrn Urbano und Herrn Schilling von den Stadtwerken. Der Bauausschuss habe das Thema vorberaten, jedoch keine Empfehlung ausgesprochen, da die Frage aufgekommen sei, welche Auswirkungen dies für den fließenden Verkehr habe. Darauf werde BM Kuhlmann noch eingehen. Er selbst wolle auf die Kehrseite der Medaille aufmerksam machen. Sollte man die Busbeschleunigung mit den genannten Maßnahmen nicht hinbekommen und wolle man die Vertaktung, also das Angebot wie bisher aufrecht erhalten, so bedeute dies, dass man zusätzliche Busse kaufen müsse.

BM Kuhlmann führt aus, dass die Stadt Biberach einen attraktiven und effizienten Linienverkehr anbiete. Dieser arbeite relativ wirtschaftlich bei nahezu optimaler Auslastung der eingesetzten Busse. Dies sei mit ein Verdienst von Herrn Schilling. Das Problem auf der anderen Seite sei, dass jede Verzögerung bei ungünstigen Ampelschaltungen oder an Kreuzungen hohe Verspätungen bewirke, die nicht mehr aufholbar seien. In einem Gutachten habe man festgestellt, dass zwei Drittel der Busse unpünktlich seien. Das Gutachten habe umfassend erhoben und als wichtigen Punkt herausgearbeitet, dass bezogen auf die gesamte Fahrzeit die Wartezeit an Ampeln ein Drittel betrage. Die neuralgischen Punkte seien am Ring, am Eselsberg und in der Ulmer Straße. Die Frage sei deshalb gewesen, was man hier verändern könne. Die Sorge sei gewesen, dass das Gutachten den Vorschlag bringe, eine Fahrspur als Busspur auszuweisen. Dies hätte jedoch enorme Auswirkungen auf den Autoverkehr, da der Verkehrsraum reduziert würde. Spannenderweise schlage das Gutachten andere, intelligentere Maßnahmen vor, die ausführlich im Bauausschuss diskutiert worden seien. Entscheidend sei die funkgesteuerte Busbevorrechtigung. Es bestehe bereits eine grüne Welle am Ring. Durch den Funkkontakt könne sich der Bus in diese Grüne Welle einklinken. Dies könne dadurch geschehen, dass eine grüne Welle um einige Sekunden vorgezogen werde oder um einige Sekunden verlängert werde, sodass der Bus noch mit hineinkomme. Eine weitere Maßnahme sei die Veränderung der Fahrspuren am Ring. In der bisherigen Situation müsse man für Rechtsabbieger aus der Bahnhofstraße eine getrennte Grünphase schalten, da Busse durch den vergrößerten Radius ansonsten auf die Gegenfahrbahn kämen. Nehme man diese Spur als zweite Rechtsabbiegerspur hinzu, könne man den Gegenverkehr gleichzeitig durchlassen. Somit werde der Durchfluss erhöht. Ein weiteres Detail sei, dass die Grünphase für Fußgänger an der Ulmer-Tor-Straße von 120 auf 90 Sekunden verkürzt werde. Durch eine Vergrößerung der Fußgängerinsel könne man die Räumzeiten verkürzen und so eine zügigere Überquerung gewährleisten. Das ganze Bündel der Maßnahmen führe letztlich dazu, dass die Wartezeiten der Busse deutlich verringert würden und Verspätungen praktisch komplett beseitigt werden können. Es handle sich um eine aufwändige Angelegenheit, jedoch gebe es Zuschüsse für die Maßnahmen. Im Bauausschuss sein nun gefragt worden, ob durch die Umgestaltung eine Verschlechterung für den Autoverkehr eintrete. Beide eingeschalteten Gutachter kämen unabhängig voneinander zu der klaren Aussage, dass kein zusätzlicher Rückstau zu befürchten sei. Im Gegenteil, die Leistungsfähigkeit für den PKW-Verkehr werde beschleunigt.

StR Abele dankt für die Darstellung und die Ergänzung. Man habe die Situation im Bauausschuss ausführlich diskutiert und keine Beschlussempfehlung abgegeben, auch wenn die Frage keine fundamentale Bedeutung habe. Die Lösung sei überzeugend vorgetragen und zeige letztlich, dass für alle Verkehrsteilnehmer Vorteile entstehen. Zur Kundenfreundlichkeit gehöre auch die Ein-

richtung eines Haltestelleninformationssystem dazu. Mit dem vorgesehenen Fahrspurwechsel habe man Bauchweh gehabt, da man die Auswirkungen nicht einschätzen konnte. Unklar sei auch gewesen, ob es förderschädlich sei, wenn die Maßnahme nicht das gewünschte Ergebnis brächte. Man hoffe also, dass sich die von den Gutachten prognostizierte Wirkung entfalte. Das Investitionsvolumen sei beachtlich. Es zeige, dass die Stadt Biberach dem ÖPNV einen hohen Stellenwert beimesse. Diese Attraktivität wolle man erhalten. Man nehme das Geld gerne in die Hand, ohne Gebühren zu erhöhen.

OB Fettback merkt an, dass die Frage der Gebühren mit dem Verkehrsverbund DING abgestimmt werden müsste.

StR Keil führt aus, dass die SPD die Maßnahmen mit Spannung begleite. Man sei gespannt auf die Reaktion der Bürger zur Drehung der Fahrspur und zur Veränderung der Fußgängerfurten. Die Vertaktung selbst werde vom Bürger vermutlich am wenigsten bewusst wahrgenommen. Der Bürger verlange jedoch Pünktlichkeit. Die Sorge, dass der Individualverkehr durch die Maßnahmen belastet werde, sei laut Gutachten nicht gegeben. Wenn der Bus beschleunigt werde, werde automatisch auch der PKW beschleunigt. Definitiv nicht nötig sei das Parken am Ring. Dieser Platz könne eingespart werden. Es gebe genügend kostenfreie Parkmöglichkeiten in der Nähe. Diesen Straßenraum könne man anderweitig verwenden, beispielsweise für eine bessere Radverbindung zwischen ZOB und Jugendmusikschule.

StR Zügel hält fest, dass durch die genannten Maßnahmen sowohl für ÖPNV als auch Autofahrer als auch Fußgänger eine Verbesserung eintrete, wenn man sich auf das Gutachten verlasse. Problem sei, dass die Zielvorgaben erreicht sein müssen, ansonsten seien die Zuschüsse weg. Insbesondere der Fahrtrichtungswechsel sei eine unumkehrbare Maßnahme. Die Frage bleibe offen, was passiere, wenn es doch nicht funktioniere. Vermutlich würde man vom Bürger gekreuzigt.

StR Weber bekräftigt, dass man hoffe, dass alles so funktioniere, denn sonst sei dies ein Drama. Die Verwaltung habe die Maßnahme jedoch sehr gut vorbereitet, wofür er seinen Dank ausspreche. Die Busbeschleunigung sei für den ÖPNV sehr wichtig. Es werde auch höchste Zeit, endlich etwas für den ÖPNV zu tun, wenn man vergleiche wie viel Geld man für den PKW ausbebe. Die geplanten Maßnahme käme auch Fußgängern und Radfahrern zugute. Es sei positiv, dass GVFG-Mittel auch für diese Maßnahmen in Anspruch genommen würden.

StR Braig betont, dass die Notwendigkeit der Maßnahmen unumstritten sei. Die Umdrehung der Fahrtrichtung auf der zweiten Fahrspur sei richtig. Er bittet um eine Darstellung der Kosten zusätzlicher Busse im Vergleich zu den Folgekosten.

Herr Schilling antwortet, dass man bei gleicher Vertaktung drei Busse anschaffen müsse. Pro Fahrzeug seien 45.000,00 € zu kalkulieren.

Es folgt die Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

- 1. Die Stadt Biberach beschließt die Einführung eines Intermodalen Transport Control Systems (ITCS-Systems) zur Busbeschleunigung und bittet die Stadtwerke alles Erforderliche hierfür, wie z.B. die Beantragung der Fördermittel beim Regierungspräsidium, in die Wege zu leiten.**
- 2. Am Viehmarktplatz wird eine Lichtsignalanlage als Einfahrhilfe für den Busverkehr aufgestellt.**
- 3. Am Bismarckring wird ein Fahrtrichtungswechsel auf der mittleren Fahrspur vorgenommen.**
- 4. Am Bismarckring wird die Ampel und die Fußgängerüberquerung an der Kreuzung Ulmer-Tor-Straße zugunsten eines optimierten Umlaufs überprüft und angepasst.**

**TOP 7    Aufstellung des Bebauungsplanes "Erweiterung Sportanlage Mettenberg"**

**209/2009**

- a) Aufstellungsbeschuß gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**
- b) Beteiligung der Bürger an der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 209/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Ortschaftsrat Mettenberg am 04.11.2009 und im Bauausschuss am 05.11.2009.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und die öffentliche Vorberatung.

Ohne Wortmeldung fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 09-021 vom 16. Juni 2009 umrandete Gebiet ist der Bebauungsplan „Erweiterung Sportanlage Mettenberg“ aufzustellen.**

**2. Dem vorgeschlagenen Konzept wird zugestimmt.**

**TOP 8    Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplan "Talfeld" unter    214/2009 - 1  
der Bezeichnung "Talfeld III"  
Erneute öffentliche Auslegung**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nr. 214/2009, sowie Nr. 214/2009-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.11.2009.

BM Kuhlmann führt aus, dass man sich im Billigungsbeschluss für den zweiten und dritten Bauabschnitt des Bebauungsplans Talfeld befinde. Man wolle bedarfsorientiert Angebote machen und besonders nachgefragte Haustypen vorsehen. Im Bauausschuss habe es zum Baufeld Einfamilienhäuser Anregungen gegeben. Die Anregung von StR Abele, einen erhöhten Kniestock zu erlauben, habe man aufgenommen und man könne dann sehen, wie dies beim Bauherrn ankomme. In einem anderen Baufeld habe man ein 6-geschossiges Bauwerk vorgesehen. Es seien bereits Stimmen laut geworden, die sich ein solches Gebäude nicht vorstellen könnten. Man werde dies im Modell darstellen und die Anhörungen abwarten.

StR Abele zeigt sich erfreut, dass die Vorschläge aus dem Bauausschuss angenommen wurden. Es sei bekannt, dass der Baubürgermeister einen hohen Qualitätsanspruch habe. Die Sorge sei, dass das 6-geschossige Gebäude zu dominant sei und sich negativ auf die Gesamtplanung auswirke.

StR Nuding gibt zu, dass man keine Freude habe an der Planung eines 6-geschossigen Solitärgebäudes auf der höchsten Stelle des Baugebietes. Man sei auch der Meinung, dass für den Talfeldkomplex ein neuer Kindergarten nötig sei. Eine geringe Regelungstiefe sei zwar gewünscht, stehe aber einem einheitlichen Erscheinungsbild entgegen. Die Frage sei, wie man ein Auswuchern und eine unkontrollierte Situation verhindern könne.

StR Weber betont, dass das höchste Haus, am höchsten Punkt, architektonisch besonders gut durchdacht sein müsse. Es sei eine Visitenkarte für die ganze Stadt. Im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen werde er dem Beschlussantrag nicht zustimmen, da er persönlich den Flächenfraß nicht mittragen könne.

StR Braig lobt, dass der Baubürgermeister bemerkenswerte Zugeständnisse gemacht habe hinsichtlich der Baufelder für Einfamilienhäuser und der salomonischen Lösung, in einem Baufeld eine Erhöhung zuzulassen.

BM Kuhlmann führt aus, dass der 6-Geschösser ein wichtiges Gestaltungsmerkmal für das gesamte Baugebiet sei. Man wolle Vielfalt in Gruppen anbieten, dadurch entstehe eine gewisse Ordnung. Mit dem Bebauungsplan wolle man einen Rahmen setzen, die Qualität werde durch einen Wettbewerb erreicht. Dies sei ein Versuch und man werde sehen, was daraus entstehe.

Bei einer Gegenstimme (StR Weber) fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der räumliche Geltungsbereich des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Regelwerkes wird geändert. Das Verfahren wird unter der Bezeichnung „Talfeld III“**

**weitergeführt. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf das im nachstehenden Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 896/34 Index Nr. 1 vom 09.11.2009 umrandete Gebiet.**

- 2. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Talfeld III“ wird zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 896/34 Index Nr. 1 vom 09.11.2009.**

**TOP 9 Erlass einer Satzung zur Festlegung der Grenzen und zur Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils "Ringschnait" ("Ergänzungssatzung")  
- Aufstellungsbeschluss -**

**204/2009**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 204/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Ortschaftsrat Ringschnait am 22.10.2009 und im Bauausschuss am 05.11.2009.

Es wird auf die öffentliche Vorberatung verwiesen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für den Stadtteil Ringschnait wird eine Satzung zur Festlegung der Grenzen und zur Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils „Ringschnait“ („Ergänzungssatzung“) erlassen. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 893/61, Index 0 vom 28.09.2009.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 203/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Ortschaftsrat Ringschnait am 22.10.2009 und im Bauausschuss die einstimmige Beschlussempfehlung am 05.11.2009.

StR Braig kritisiert das Verfahren, bei dem ein Landwirt vorverurteilt worden sei.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für den Wirtschaftsweg Flst. Nr. 726/1 im Gewann „Hinter dem Ried“ der Gemarkung Ringschnait wird gem. § 7 Straßengesetz die Einziehung eingeleitet.**

**TOP 11 Satzung zur Begrenzung der Miethöhe bei geförderten Wohnungen  
- Durchführung des Landesgesetzes zur Förderung von Wohnraum  
und Stabilisierung  
von Quartiersstrukturen (LWoFG)**

**216/2009**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 216/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 05.11.2009.

OB Fettback sowie StR Hagel und StR Wiest sind befangen und verlassen den Sitzungstisch.

EBM Wersch übernimmt die Sitzungsleitung. Er erklärt, dass eine Veränderung des Landesgesetzes erfordere, eine entsprechende Satzung zu erlassen.

StR Dullenkopf bekräftigt, dass man die gesetzliche Regelung akzeptiere. Der Streit gehe darum, wie viel man unter dem Mindestabschlag bleibe. Dies sei schwierig zu beurteilen. Man habe sich zu einem Mittelwert durchgerungen. Er sehe die Verantwortung bei der Verwaltung und könne sich mit dem Vorschlag abfinden.

StRin Drews bemerkt, dass der Titel der Vorlage Bände spräche. Es sei wichtig, dass eine öffentliche Förderung für Wohnungsbau gekoppelt sei mit einer Bindung der Miethöhe. Derzeit werde wenig neuer Wohnraum gebaut, man habe überwiegend alten Bestand. Dies bedeute, dass zwar die Miete günstig sei, jedoch die Nebenkosten mangels Energiesparmaßnahmen hoch. Da man keine Möglichkeit habe, den Abschlag abhängig zu machen von der Durchführung von Sanierungen, beantrage die SPD-Fraktion, den Abschlag auf 20 % als goldenen und rechnerischen Mittelweg festzulegen. Darüber hinaus erwarte man, dass die Stadt neuer Wohnungsbereitstellung entgegenkomme.

StR Zügel stellt fest, dass der Landesgesetzgeber den Kommunen die Kompetenz eingeräumt habe. Dies sei beispielsweise in Bayern nicht der Fall. Nun gelte es, die politisch-wirtschaftliche Verantwortung wahr zu nehmen und richtige Balance zu finden. Einerseits wolle man keinen Modernisierungstau, andererseits müsse man auch berücksichtigen, dass man unterschiedliches Mieterklientel habe. Ein Abschlag von 15 % sei für die Freien Wähler die richtige Balance.

StR Späh unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion, der dem Antrag der Grünen im Ausschuss entspreche. Man habe hier mit Interessensunterschieden zu tun, weshalb ein Gutachter eingeschaltet worden sei.

StR Funk ist der Meinung, dass der Mietmarkt generell nicht frei sei und hier durch die Zuschussregelungen reglementiert werde. Man sei der Meinung, dass man mit 15 % Abschlag nichts falsch machen könne und stimme deshalb dem Verwaltungsvorschlag zu. Es nutze dem Mieter nichts, wenn die Wohnungen nicht saniert und renoviert würden.

EBM Wersch betont, dass man sich die Abwägung der Interessen nicht leicht gemacht habe. Man habe es nicht nur mit ALG I und Hartz IV Mietern zu tun.

Der SPD-Antrag wird bei 11 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt und der Beschlussantrag der Verwaltung wird bei 9 Gegenstimmen (wer?) und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen. Damit wird mehrheitlich folgender

**Beschluss gefasst:**

**Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und § 32 des Landesgesetzes zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartiersstrukturen (LWoFG), die in Anlage 2 zu dieser Vorlage dargestellte Satzung der Stadt Biberach an der Riß über die Höhe der zulässigen Miete für geförderte Wohnungen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 210/2009 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback schickt voraus, dass es sich um das so genannte "Braith-Haus" handle. Auf Wunsch des eigentlich zuständigen Hauptausschusses werde der Tagesordnungspunkt öffentlich im Gemeinderat behandelt.

EBM Wersch berichtet, dass laut Aktenlage der Künstler Anton Braith 1905 verstorben sei. Das Haus sei 1912 erbaut worden von dessen Neffen. Der wiederum sei 1922 verstorben. Seine Erben hätten das Gebäude in zwei Teilen 1948 und 1955 an die Stadt verkauft. Der Vertrag von 1948 beinhalte Bestimmungen, der von 1955 keine. Da die Vereinbarungen nicht als Grundbucheintrag vorlägen, seien sie nach Vertragsrecht abgelaufen. Die Stadt habe ihre Verpflichtungen aus den Verträgen mehr als erfüllt. Somit stehe einem Verkauf nichts mehr entgegen. Der Antrag der SPD-Fraktion, den Verkaufserlös für Kunstzwecke zu nutzen, könne nicht auf direktem Weg erfolgen. Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft habe eine andere Zweckbestimmung. Über einen Umweg könne der Gemeinderat auf das Eigenkapital des Eigenbetriebes zugreifen und so, wenn gewünscht, die Verwendung bestimmen.

OB Fettback lässt wissen, dass weder er noch der Kulturdezernent einen unmittelbaren Bedarf für eine solche Maßnahme sähen. Man habe derzeit keinen Etat für die Anschaffung von Kunstwerken vorgesehen. Wenn sich jedoch spontan eine Gelegenheit böte, dann wolle man die Mittel außerplanmäßig beantragen.

StR Dullenkopf bezieht sich auf diese Aussage des Oberbürgermeisters und meint, dass damit alle Argumente erledigt seien. Man stimme der Beschlussvorlage zu.

StRin Kapfer erinnert daran, dass die SPD sich für ein Künstlerhaus ausspreche. Dem Vorschlag der Verwaltung zum Verkauf des Gebäudes Karl-Müller-Straße 27 könne man deshalb nur zustimmen, wenn sichergestellt sei, dass die Einnahmen künstlerischen Zwecken zufließen.

OB Fettback hält fest, dass der Antrag der SPD dementsprechend abgeändert werde.

StRin Goeth signalisiert Zustimmung zur Vorlage, da bestätigt sei, dass die Gerüchte nicht stimmten.

StR Dr. Schmid ergänzt die Ausführungen von EBM Wersch dahingehend, dass der Kunstmaler Braith das Grundstück 1875 gekauft habe. Sein Schaffensmittelpunkt sei jedoch München gewesen. Der Antrag der SPD rüttle am Gewissen. Braith sei Ehrenbürger der Stadt und habe der Stadt sehr viel vermacht. Der Fördergedanke Braiths, der in München ein Domizil für notleidende Künstler geschaffen habe sei vorhanden. Man unterstütze den Antrag der SPD und wolle den Geist Braiths weiterverfolgen.

StR Funk zeigt sich nicht überzeugt. Er höre heute zu viel "Wünsch dir was". Die FDP sei froh über das Immobilienmanagement. Man könne Verpflichtungen nicht auf alle Ewigkeiten eingehen.

StR Zügel bekräftigt, dass die Aufgaben des Eigenbetriebes Wohnungswirtschaft etwas anderes seien. Er halte es für falsch, Eigenkapital zu entnehmen, um Kunst zu fördern.

Es folgt die Abstimmung.

Der SPD-Antrag, das Geld aus dem Erlös des Gebäudes Karl-Müller-Straße 27 künstlerischen Zwecken zuzuführen, wird bei 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt. Der Vorschlag der Verwaltung wird bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Somit fasst der Gemeinderat folgenden

**Beschluss:**

**Dem Verkauf des Wohnhauses Karl-Müller-Straße 27, 88400 Biberach zum Höchstgebot wird zugestimmt.**

**TOP 13 Bericht zur Wirtschaftsplanentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung - III. Quartal 2009**

**200/2009**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 200/2009 zur Kenntnisnahme vor.

Es gibt keine Wortmeldungen. Somit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

## TOP 14 Verschiedenes

#### **TOP 14.1 Verschiedenes - Regenüberlaufbecken Behördenzentrum**

StR Späh spricht die Rückstauproblematik an und erkundigt sich nach dem Sachstand. Ein betroffener Bürger habe ihn angesprochen, der befürchte, dass Verjähmung eintreten könnte.

BM Kuhlmann verweist das Thema in den Bauausschuss. Die Problematik Verjähmung sei ihm neu. Er sagt zu, darüber im Bauausschuss zu berichten.

## **TOP 14.2 Verschiedenes - Straßenverkehr**

StR Pfender bemängelt, dass beispielsweise an der Steigstraße und an der Birkendorfer Straße Schikanen für Autofahrer eingebaut worden seien, die teilweise gefährliche Manöver verursachten. Er wolle wissen wozu diese Maßnahmen notwendig seien und darum bitten, diese sobald wie möglich wieder abzubauen.

OB Fettback sagt zu, dies an den Ordnungsamtsleiter weiterzugeben.

### **TOP 14.3 Verschiedenes - Gefährliche Hunde**

StR. Dr. Nuding berichtet, dass ein Hund im Baugebiet Sandberg, dessen aggressives Verhalten dort bekannt sei, Spaziergänger angegriffen habe. Er möchte wissen, wie das Ordnungsamt darauf reagiere.

OB Fettback antwortet, dass ihm der Vorgang unbekannt sei. Er werde dies mit dem Ordnungsamtsleiter thematisieren.

#### **TOP 14.4 Verschiedenes - Schwimmweltrekorde durch Steffen Deibler**

StRin Kübler regt an, dem Biberacher Schwimmer Steffen Deibler, der lt. Zeitungsberichten Weltrekorde geschwommen habe, die Glückwünsche der Stadt Biberach zu übermitteln. Dies wäre ein Zeichen der Verbundenheit.

OB Fettback sagt dies zu.

**Gemeinderat, 16.11.2009, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender:	.....	OB Fettback
Stadtrat:	.....	Wiest
Stadtrat:	.....	Keil
Schriftführerin:	.....	Stolz
Gesehen:	.....	EBM Wersch
Gesehen:	.....	BM Kuhlmann